

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Inland: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.00 M. für ein Jahr. Ausland: 3.50 M. monatlich, 1.20 M. vierteljährlich, 3.50 M. für ein Jahr. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingezeichnet in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelaltige Zeilenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 18. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Hort der Arbeiterfeindschaft.

Weshalb die herrschenden Klassen Preußens sich mit Zähnen und Nägeln gegen die Einlösung des die Wahlreform verheißenden Königswortes wehren und vollends nichts von der Uebertragung des gleichen Wahlrechts auf Preußen wissen wollen, ergibt sich mit eindringlichster Deutlichkeit, wenn wir uns die sozialpolitische Stellungnahme des Dreiklassenhauses ein wenig näher ansehen. Was an fräutjunferlicher Arbeiterfeindschaft und industriellen Ausbeutungsgehräften im Lande vorhanden ist, findet seinen drastischsten Ausdruck und seine rückichtslosste Vertretung in der über-großen Landtagsmehrheit, die sich aus Junkern (nebst ihren schwarzen Anhängeln) und Industriellen und ihren Beauftragten zusammensetzt. Der Arbeitertrug, der sich im Hause des allgemeinen Wahlrechts immerhin noch gewisse Rechte aufzulegen muß, feiert in der preussischen Duma wahre Orgien. Und es ist ja bekannt genug, daß das agrarische und industrielle Scharfmachertum deshalb oft genug seine Zuflucht zu der Belehgebung des Dreiklassenhauses genommen hat und zu nehmen sucht, um sich der unbequemen reichsgesetzlichen Sozialpolitik zu entziehen und sie zu durchkreuzen. Geben wir uns dem antisozialen, arbeitfeindlichen Treiben der Dreiklassenmänner nur einige Beispiele hervor, die uns allein ihre Tätigkeit während der letzten Jahre liefert.

Zu erster Linie verdient da die Ausbeutung der Landarbeiter hervorgehoben zu werden. Immer wieder waren die sozialdemokratischen Vertreter genötigt, die elende Lage und die jammervolle Rechtlosigkeit des ländlichen Proletariats zu kennzeichnen. In schreienden Einzelbeispielen wurde nachgewiesen, wie nicht nur die einheimische Landarbeiterfrage der Fuchtel unierer Junker preisgegeben ist, sondern wie auch den durch die Feldarbeiterzentrale eingeführten ausländischen Arbeitstruppen unter Duldung der Behörden durch gequälte Kontrakte ein wahres Sklavenlos bereitet wird. Auch die nicht minder unerhörte Last der landwirtschaftlichen Kinderausbeutung wurde von unseren Genossen Jahr für Jahr zur Sprache gebracht. So zum Beispiel, daß die schulpflichtige Landproletariatsjugend, der von gefälligen geistlichen Schulinspektoren die ausgedehntesten Mühsertien erwirkt werden, unter endloser Arbeitsfron auf den Latifundien des Junkertums scharfwerken muß und daß diesen Kindern sogar Junkerfusel verabreicht wurde, um ihre erlahmten Kräfte gesundheitsmörderisch aufzustacheln. Das Bezeichnende aber ist, daß die Sozialdemokratie mit dieser Kritik junkerlicher Ausbeutungsgepflogenheiten völlig allein blieb! — Auch über die Handhabung der Revisionen über die Erfüllung der Unfallverhütungsvorschriften mußten von den sozialdemokratischen Rednern schier ungeheuerliche Fakta festgestellt werden. So wurde mitgeteilt, daß nach dem Bericht der Genossenschaft Bosen selbst die Revisionen nach festgelegten Reiseplänen stattfinden und daß die Betriebsunternehmer von der Revision vorher in Kenntnis gesetzt werden. Ungeheuerlicher freilich noch als diese Tatsache war die andere, daß von 5135 der Besichtigung unterzogenen Mittelbetrieben trotz der vorherigen Revisionsankündigung nur 191 in Ordnung befunden wurden, und daß von 111 inspizierten Großbetrieben nur 5 den Vorschriften Genüge geleistet hatten!

Wie der preussische Staat selbst als Arbeitgeber seine sozialpolitischen Pflichten auffaßt, zeigte unter anderem die Behandlung der staatlichen Forstarbeiter. Nach einer Statistik, die nicht etwa aus einer sozialdemokratischen Enquete stammte, sondern von dem deutschen Forstwirtschaftsrat, jener Unternehmerorganisation her-rührte, der auch die preussische Forstverwaltung angegliedert ist, beziehen die in den fiskalischen Forstbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die niedrigsten Löhne von allen deutschen Bundesstaaten! Und als sich die sozialdemokratischen Redner der preussischen Forstarbeiter annahmen, da war es gerade der Vertreter des „sozialpolitischen“ Zentrums, der Abgeordnete Busch, der die Rolle des freiwilligen Regierungskommissars übernahm und ein Loblied auf die soziale Fürsorge der Forstverwaltung anstimmte. Dabei stellte sich heraus, daß dieser wadere Volksvertreter, der im Auftrage seiner Fraktion bereits seit einer ganzen Reihe von Jahren die sozialpolitische Seite des Forstbetriebs behandelte, noch nicht einmal seine Nase in die amtliche Lohnstatistik über die Lage der Forstarbeiter gesteckt hatte! In allem Ueberflusse war es auch gerade dieser Zentrumsredner, der die Regierung in geradezu fanatischer Weise dazu aufreizte, den Forstarbeitern das freie Koalitionsrecht vorzuenthalten!

Einen besonders interessanten Beitrag zu dem Kapitel der staatlichen Arbeiterfürsorge lieferten die Beratungen über die Berg- und Salinenverwaltung. Da waren es in den letzten Jahren in hohem Maße konservativ und nationalliberal, die der Regierung vorwarfen, daß sie die Arbeiter allzu gut behandle und allzu wenig Mehrwert aus ihnen herauszupressen verstanden habe. 1910 und 1911 dienten für die genannten Parteien die ausgedehnten Beratungen dieses Etats ausschließlich dazu, die Regierung zu brutalster Ausbeutung der staatlichen Berg- und Salinenarbeiter aufzumuntern. Auf Betreiben des agrarischen und industriellen Scharfmachertums wurde eine Unterkom-

mission eingesetzt, die untersuchen sollte, wie dem Uebelstand abzuhelfen sei, daß die Ueberschüsse des Veraristus zurückgegangen seien. Im Jahre 1911 erstattete dann der nationalliberale Abgeordnete Girsch-Essen, der Syndikus der Essener Handelskammer, Bericht über die Beratungen dieser Kommission. Dieser Vertreter des rheinisch-westfälischen Industriekapitals klagte gar beweinlich über den Rückgang der auf den Kopf der fiskalischen Belegschaft entfallenden Gewinnrate. Betrage doch der Reingewinn, der pro Kopf der Arbeiterchaft erzielt worden sei, nur noch 166 M. Und auch wenn man zu dem Reingewinn die Summe hinzurechne, die für Betriebserweiterungen verausgabt worden sei, sei an jährlichem Profit pro Kopf der Arbeiter „nur“ noch die Summe von 108 M. herausgewirtschaftet worden. Das war natürlich den Vertretern der industriellen und agrarischen Ausbeuterklasse viel zu wenig, und der genannte Berichterstatter der Kommission leate deshalb dem Hause eine Resolution vor, in der klipp und klar ausgesprochen wurde, daß der Staat als Arbeitgeber seine anderen sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen habe, wie jeder private Arbeitgeber, daß er vielmehr lediglich einen Erwerbsbetrieb darstelle, dessen Ziel darin bestehe, an seinem Teil die Bodenschätze zu möglichst billigen Herstellungskosten zu gewinnen und die gewonnenen möglichst günstig abzusetzen. Diese Resolution war nichts Geringeres, als eine schneidende Zurückweisung jenes Königswortes, daß unsere Staatsbetriebe soziale Musterbetriebe zu sein hätten. Sie waren nichts anderes als eine totale Bankrotterklärung unserer Sozialpolitik überhaupt!

Und trotzdem der Vertreter der Regierung, der Oberberghauptmann von Behlen, selbst ausdrücklich erklärte, daß es der Regierung niemals eingefallen sei, etwa den Staatsarbeitern einen Mangel an Fleiß und Arbeitsleistung vorzuwerfen, und trotzdem unwiderleglich nachgewiesen wurde, daß an dem Rückgang des Reingewinns pro Kopf der Gesamtbelegschaft lediglich die ungünstigeren Abbaueverhältnisse die Schuld trügen, sei doch seit 1887 der Anteil der Hauerarbeit an der Gesamtbelegschaft von 70,6 Proz. auf 48,2 Proz. im Jahre 1909 zurückgegangen, stimmte das Haus in seiner Mehrheit den aller Sozialpolitik hohnsprechenden Grund-sätzen zu, die von dem nationalliberalen Sprecher in Gestalt der gekennzeichneten Resolution empfohlen worden waren! Es wurde den Raum eines Artikels bei weitem über-

schreiten, wollten wir in dieser Weise jeden Vorstoß der preussischen Duma gegen die Sozialpolitik und die Arbeiterinteressen auch nur in aller Kürze charakterisieren. Erwähnt sei deshalb nur kurz, daß es der preussische Minister für Handel und Gewerbe war, der unter dem Beifall der Landtagsmehrheit den berüchtigten Ukas an die Gewerbeinspektionen erlassen hatte, daß sie in ihren Berichten künftig „theoretische Erörterungen, besondere Abschweifungen auf das Gebiet der Ausgestaltung und Abänderung bestehender Gesetze, Verordnungen usw. zu vermeiden“ hätten. Erwähnt sei auch nur, daß in unblöblichem Gegensatz zu anderen Bundesstaaten, es gerade die preussische Bauverwaltung strikt abgelehnt hat, Arbeiterkontrollure zur Ueberwachung des Bauarbeiterlohnes heranzuziehen.

Die Arbeiterfeindschaft der preussischen Duma offenbart sich nicht zuletzt auch in der Art, wie der Riesenbetrieb der preussischen Staatseisenbahnen aus der gewaltigen Armee der Eisenbahnbeamten und der Eisenbahnarbeiter Unsummen herauszupressen weiß, um den bestehenden Massen Preußens höhere direkte Steuern zu ersparen. Sind doch allein in dem Zeitraum von 1899 bis 1911 nicht weniger als 7549 Millionen Mark Ueberschüsse aus den Staatseisenbahnen herausgewirtschaftet worden, eine Summe, die die vollständige Höhe der noch vorhandenen Eisenbahnschulden erreicht. Der Reinerüberschuss des Jahres 1911 betrug allein 252 Millionen Mark. Demgegenüber waren im Etat nur 27 Millionen Mark für Lohnaufbesserungen vorgesehen. Und das bei einer Riesenarmee von 325 632 Hilfsbediensteten und Arbeitern! Kein Wunder, daß mehr als die Hälfte dieser Arbeiter sich mit einem Jahresverdienst von weniger als 1200 M. begnügen muß! Eine solch schändliche Ausbeutungswirtschaft war natürlich nur möglich durch die brutale Unterdrückung aller wirklich unabhängigen Organisationsbestrebungen dieser Hunderttausende von Staatsproletariern!

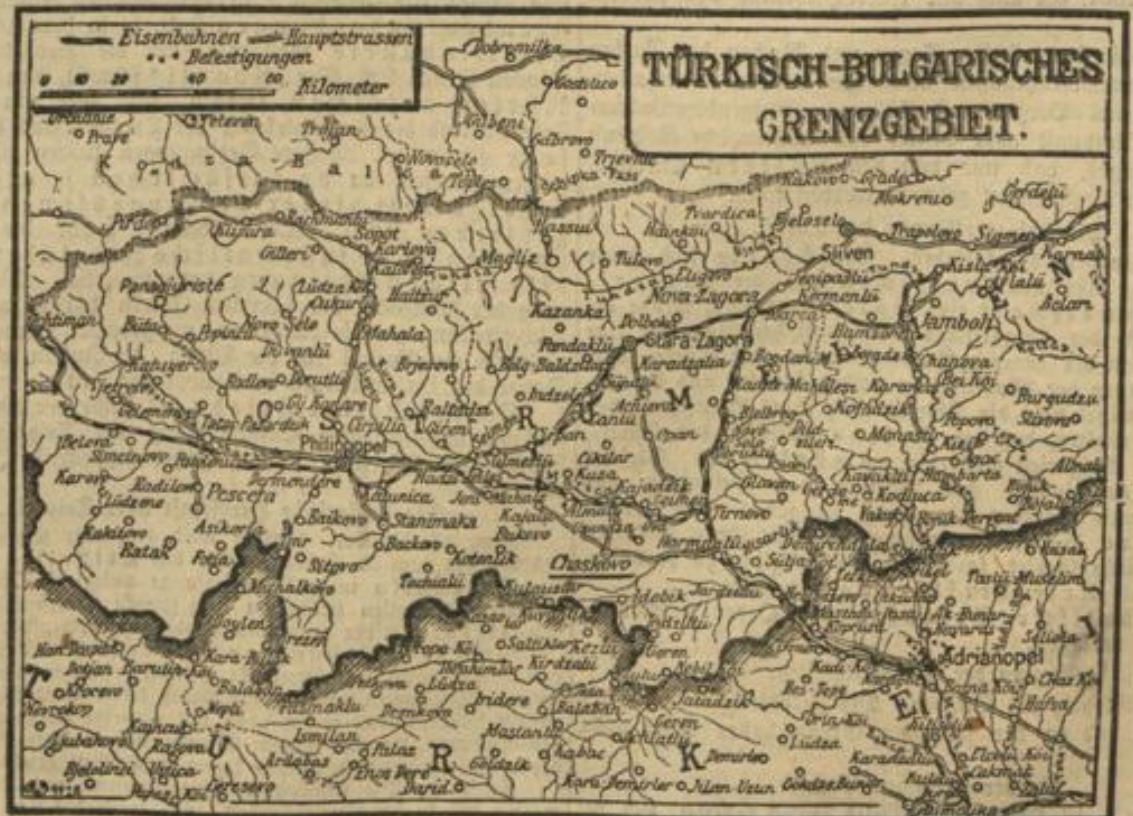
Wenn deshalb am nächsten Sonntag das preussische Proletariat, und insbesondere die Arbeiterchaft Groß-Berlins durch ihre Massenkundgebung im Treptower Park, für die endliche Uebertragung des gleichen Wahlrechts auf Preußen demonstriert, so erfüllt sie damit nicht nur eine politische Ehrenpflicht, sondern sie führt damit zugleich den unausweichlichen Kampf gegen die geknechteten und allmächtigsten Feinde jedes sozialpolitischen Fortschritts!

Für die politische Freiheit, für die das preussische Proletariat am Sonntag durch seine Massenkundgebungen eintritt, gilt so in der Tat das Wort des Dichters: Brot ist Freiheit, Freiheit ist Brot!

Der Beginn des allgemeinen Kampfes.

Die Diplomaten mit ihren Vermittlungsversuchen, ihrem Notenaustausch und ihrer Erledigung letzter völkerrechtlicher Formalitäten treten von der Bühne des großen Völkerdramas, das sich auf dem Balkan abspielt, ab. Jetzt hat der Soldat das Wort. Der Lärm der montenegrinischen Grenzgefechte und der Vorposten- und Bandenscharmügel an der serbischen, bulgarischen und griechischen Grenze wird in den nächsten Tagen überdönt werden von dem Donner wirklicher Schlachten, in denen die Waffen der vereinigten serbisch-bulgarischen Armee mit den Aufgeboten der Türkei ringen werden.

Die Verbündeten wie die Türken haben es bisher sehr gut verstanden, die Konzentration ihrer Truppen und deren strategischen Aufmarsch vor den spähenenden Blicken neugieriger Kriegskorrespondenten zu verbergen. Was die Vertreter der internationalen Presse bisher darüber zu melden wußten, waren unkontrollierbare, in den Hauptstädten der einzelnen kriegführenden Staaten ausgeknappte Informationen, deren telegraphische Wiedergabe erst noch die strenge militärische Zensur zu passieren hatten. Daß es in der seit Wochen kriegerrischen und gewitterschwülen Atmosphäre nicht schon



früher zu gewaltsamen Entladungen kam, liegt daran, daß auf beiden Seiten die verhältnismäßig schwachen Friedensformationen durch ein Massenaufgebot von Reservisten und Landwehrleuten, die zum größten Teil vom Pfluge fortgerissen wurden, aufgefüllt werden mußten. Erschwert wurde diese Aufgabe durch die trostlosen Verkehrsverhältnisse in jenen halbasiatischen Ländern, die nur von wenigen Eisenbahnsträngen durchschnitten werden.

Die wichtigste dieser Eisenbahnlinien, die aus Ungarn kommt, durch Serbien und Bulgarien hindurchgeht und in Konstantinopel endet, wird in ihrem Abschnitt Philippopol und Adrianopel den Brennpunkt der nächsten kriegerischen Ereignisse bilden. Die Linie läuft durch das Tal des Maritimasflusses und wird flankiert von 1000 bis 2000 Meter hohen schwer passierbaren Gebirgszügen. Die serbisch-bulgarische Armee, die zwischen den bulgarischen Städten Philippopol und Zamboli zusammengezogen wurde, wird ihren Angriff in Richtung Adrianopel ansetzen, während die Türkei versucht wird, über die bulgarische Grenze in den ostrumelischen Kessel vorzustoßen. Wer zuerst zum Angriff vorgeht, läßt sich heute noch nicht feststellen. Gelingt es den Bulgaren und Serben, die Türken zu werfen und Adrianopel zu nehmen, steht ihnen auch der Weg nach Konstantinopel offen. Aber leicht wird ihnen diese Arbeit nicht werden, denn die Türken haben offenbar in der Gegend von Adrianopel gewaltige Kräfteanstrengungen gemacht. Der größte Teil ihrer Nizam- und Redistruppen ist in diesem Gelände konzentriert und durch viele Zehntausende von Reservemannschaften aus Kleinasien verstärkt worden.

Es ist blutgetränkter Boden, auf dem sich die nächsten Entscheidungskämpfe abspielen werden. Im russisch-türkischen Kriege von 1828/29 drang der russische General Diebitsch unter unglücklichen Strapazen über den Balkan und nahm im August des Jahres 1829 Adrianopel. Und im Januar des Jahres 1878 rückte nach blutigen Kämpfen der russische General Skobelev in dieser Stadt ein. Konstantinopel wurde damals stets durch das Eingreifen der Mächte gerettet, die Rußland in die Arme fielen. Ob aber auch jetzt wieder die Diplomatie das letzte Wort haben wird, ist sowohl bei einem Siege der Balkanstaaten wie einem solchen der Türkei fraglich.

Von den früheren verlust- und strapazenreichen Balkankriegen unterscheidet sich der heutige dadurch, daß viel größere Massen mobil gemacht worden sind und daß mit allen Mitteln modernster Kriegstechnik gekämpft wird. Dadurch wird das Ringen nur blutiger und folgenschwerer. Aber trotz Magazingewehr, Schnellfeuergeschütz und Aeroplan wird die Kriegführung das Gepräge mittelalterlicher Grausamkeit tragen, stößt doch religiöser und nationaler Fanatismus kulturell zurückgebliebener Völker aufeinander. Der vererbete Bauer aus Kleinasien, der von Güte und Feld geholt wurde und Weib und Kind in Not zurückließ, wird den christlichen Feind als den Urheber seiner Not und als Gegner seines Glaubens bekämpfen. Und der in die Uniform gesteckte serbische oder bulgarische Bauer wird aus gleichen Motiven dem türkischen Krieger mit unverhülltem Haß gegenüber treten. Wenn dann die Türkei in ihrem Verzweiflungskampfe die halbwilligen Reiterhorden der Kurden und Drusen auf den Kriegsschauplatz werfen wird, können sich alle die blutigen Greuel wiederholen, die vor 34 Jahren die ganze zivilisierte Welt in Schrecken setzten. Wie damals werden auch heute die fanatisierten Kämpfer ihren Blutdurst auch an der wehrlosen Bevölkerung stillen.

Die Hauptentscheidung des Krieges muß auf dem östlichen Kriegsschauplatz fallen. Auf den anderen Kriegsschauplatzen kann es sich nur um defensiv Maßnahmen der Türkei handeln, die natürlich auch hier und da zu Offensivstößen führen können. Den Kampf gegen Montenegro und die Serben im Sandtschat scheint die Türkei in erster Linie mit den Albanern führen zu wollen, denen die schwachen regulären Truppen der Türken als Rückhalt dienen. Der Vorstoß der Montenegriner auf Skutari ist nach den heute vorliegenden Nachrichten auf energischen Widerstand gestoßen, der den ebenso ruhmreichen wie zweifellos tapferen Söhnen der Schwarzen Berge eine Anzahl der von Rußland oder Italien geschenkten Geschütze gekostet haben soll. Auch Griechenland verkündet eine herzlich unbedeutende Heldentat, die Einfahrt zweier Kanonenboote in die Bucht von Preveza, an der Südspitze der türkischen Landschaft Epirus. Die nächsten Tage werden aber erst zeigen müssen, ob die griechischen Waffen zu Lande besser geführt werden als im Kriege von 1807, der auch mit einer Heldentat vor Preveza einsetzte.

So wird in den nächsten Tagen und Wochen der Balkan in allen Himmelsrichtungen vom Waffenschall widerhallen. Ueber dem aus Bergen und Tälern aufsteigenden Pulverdampf und Blutdunst aber brütet das unheimliche Gespenst eines Weltkrieges, das nur von den Völkern Europas, nicht von den Regierenden gebannt werden kann.

Die Kriegserklärung der Türkei.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Pforte ließ heute früh um 9 1/2 Uhr der serbischen und der bulgarischen Gesandtschaft eine Note übermitteln, welche besagt: Wegen der bulgarischen und serbischen Note, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei darstellt, und wegen der Mobilisation beider Staaten und der täglichen Scharmützel sieht die Pforte, trotz ihres Wunschens, den Frieden zu erhalten, daß der Friede zwischen der Türkei, Serbien und Bulgarien weiterhin unmöglich ist. Sie hat sich daher entschlossen, der Mission der Gesandten von Bulgarien und Serbien ein Ende zu setzen, und fordert sie auf, ihre Bässe zu nehmen und mit ihrem Personal das ottomanische Gebiet so schnell als möglich zu verlassen. Dies wird als Kriegserklärung betrachtet.

Der türkische Gesandte hat Order bekommen, Athen zu verlassen.

Beginn der Feindseligkeiten.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Feindseligkeiten an der bulgarischen und an der serbischen Grenze haben heute nacht begonnen.

An der serbischen Grenze.

Belgrad, 17. Oktober. Es wird amtlich bestätigt, daß bei Prepolac ein Kampf stattgefunden hat, der sich gegen die Forts

des Berges Kopaonik richtete. Der Angriff erfolgte von türkischer Seite, während sich die Serben in der Defensiv hielten. Der türkische Vorstoß wurde durch das Artilleriefeuer der Serben zum Stehen gebracht.

Einnahme von Berane.

Podgoriza, 17. Oktober. Die Einnahme der Stadt Berane erfolgte gestern mittag; der Einzug der Truppen unter General Bukottitsch wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Außer 14 unbeschädigten Kruppischen Feldkanonen fiel den Montenegrinern viel Munition und anderes Kriegsmaterial sowie Proviant für zwei Monate in die Hände. Die Verluste der Montenegriner betragen zehn Tote und 31 Verwundete.

Geschichtsbericht.

London, 17. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet aus Podgoriza vom 16. d. Mts., abends 9 Uhr: Vor Berane war gestern abend ein heftiges Gefecht. Die Montenegriner erstickten zwei wichtige Stellungen, nahmen zwei türkische Kruppgeschütze mit Munition und besetzten sich in der Nacht. Frühmorgens setzten sie den Kampf fort, wobei eine Abteilung unter General Bukottitsch östlich die türkische Stellung durchbrach und die Stadt einschloß. Um 11 Uhr vormittags wurde beim Feinde die weiße Fahne sichtbar. Noch in der Nacht hatten sich 4000 Mann reguläre Truppen und 3000 mohammedanische Albanesen zurückgezogen, in der Stadt verblieben nur 700 Nizams und 500 Redits.

Ein türkischer Erfolg.

Paris, 17. Oktober. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel, daß die Türken bei Podgoriza einen großen Sieg über die Montenegriner davongetragen und mehrere Geschütze erbeutet hätten.

Griechische Flottenaktion.

Athen, 17. Oktober. Das Marineministerium teilt mit, daß die Kanonenboote A und D heute früh um 2 1/2 Uhr in die Meerenge von Preveza und Aktium eingedrungen und um 4 1/2 Uhr in Soniza eingetroffen sind. Es gelang den Türken trotz der zahlreich vorhandenen Sperrforts nicht, die Durchfahrt zu verhindern.

Kampf zwischen Serben und Albanesen.

Belgrad, 17. Oktober. Nach einer Privatmeldung hat gestern bei Prepolac ein Kampf zwischen Albanern und serbischen Truppen stattgefunden. Die Serben eröffneten das Geschützfeuer. Sie hatten 10 Tote und 40 Verwundete; die Albanesen sollen 200 Tote gehabt haben, während die Zahl ihrer Verwundeten unbekannt ist.

Konstantinopel, 17. Oktober. Der Albanesenführer Issa Voletinaj ist in Serbien eingedrungen.

Weitere Mobilisierungen.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die Reservedivisionen von Erzerum, Erzincjan und Vaiburt in der Gegend der russischen Grenze, die bis jetzt von der allgemeinen Mobilisierung nicht betroffen waren, haben den Mobilisierungsbefehl erhalten. — Der Kriegsminister soll am Sonnabend nach Adrianopel reisen, um das Oberkommando zu übernehmen. — Die verläutet, sind zwei türkische Divisionen in Skutari eingetroffen. — Die Truppen- und Kriegsmaterialtransporte werden von hier siederhaft fortgesetzt. Lange Reihen von Reservisten, die aus der Provinz eintreffen, durchziehen jubelnd die Straßen.

Abdul Hamid.

Konstantinopel, 17. Oktober. Es scheint sich zu bestätigen, daß der frühere Sultan Abdul Hamid sofort nach Ausbruch des Krieges nach Konstantinopel übergeführt werden wird. Man behauptet, daß die Ueberführung als notwendig befunden wird, um einem etwaigen Versuche der Albanesen vorzubeugen, beim Passieren Saloniks nach der türkisch-griechischen Grenze Abdul Hamid zu befreien. Wie verläutet, soll Abdul Hamid in Aussicht gestellt haben, drei Millionen für die Armee zu spenden.

Bulgarien und Rußland.

Sofia, 17. Oktober. Der Unterrichtsminister Bobishev befragt sich zur Uebernahme des Gesandtenpostens nach Petersburg. Der Minister des Innern Ludschanow reist mit geheimen Aufträgen gleichfalls nach Petersburg.

Gegen Oesterreich.

Wien, 17. Oktober. Etwa dreihundert Personen, vorzugsweise Studierende, welche heimkehrende bulgarische und serbische Studenten zur Bahn geleitet hatten, zogen nach Abgang des Zuges vor das österreichisch-ungarische Konsulat, um Demonstrationen zu veranstalten. Durch das energische Vorgehen der Polizei wurde die Menge sofort zerstreut. Zwei Personen wurden verhaftet, aber nach Befriedigung ihrer Personalien wieder freigelassen.

Friedensfreunde in Italien.

Rom, 17. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Friedensschluß wird im allgemeinen mit größter Genugung als wahre Erlösung aufgenommen. Die Mehrzahl der Zeitungen lobt und billigt den Frieden. In verschiedenen Städten fanden Kundgebungen statt, so in dem Zentrum der Textilindustrie Gallarate, wo die Bevölkerung alle Kloden läuten ließ. Der „Avanti“ schreibt, daß 100 000 Mütter aufstehen werden, daß aber ein wirklicher Frieden und die Zurückziehung der Truppen aus Afrika noch sehr fern sei. Bessere Bedingungen wären nicht zu erreichen gewesen, da die tatsächlichen strategischen Erfolge weit hinter den angeblichen zurückgeblieben seien. Der „Avanti“ macht die Nationalisten für die systematische Irreführung der öffentlichen Meinung verantwortlich. Die Verzögerung der Rückgabe der ägäischen Inseln dürfte weniger als Sicherstellung für die Reformen ausgedeutet werden. Es sei vielmehr ein Vorteil für die Türkei, die Inseln während der Dauer des Balkankrieges in italienischer Hut zu wissen.

Der definitive Friede soll Ende der Woche unterzeichnet werden. Als Entschädigung für Tripolis soll die Türkei eine sich über fünfzig Jahre erstreckende Jahresrente erhalten.

Die italienische Herrschaft über Tripolis.

Rom, 17. Oktober. Amtlich wird folgender Erlaß hinsichtlich des Gesetzes vom 26. Februar 1912, das Tripolitaniens und die Cyrenaike im vollen Umfang unter die Oberhoheit des Königreiches Italien stellte, zu dem Zwecke veröffentlicht, um die Pazifikation der genannten Provinzen durchzuführen.

Artikel 1: Vollständige Amnestie wird den Verbohrern von Tripolitaniens und Cyrenaike gewährt, die an den Feindseligkeiten teilgenommen und sich aus Anlaß dieser Feindseligkeiten bloßgestellt haben, soweit es sich nicht um gemeine Verbrechen handelt. Die Personen, die aus diesem Grunde sich in Haft befinden oder deportiert worden sind, werden sofort in Freiheit gesetzt.

Artikel 2: Die Einwohner Tripolitaniens und der Cyrenaike werden wie in der Vergangenheit auch weiterhin vollständige Freiheit in der Ausübung des muslimanischen Kultus

genießen. Der Name des Sultans als des Kalifen wird weiter in den öffentlichen muslimanischen Gebeten erwähnt werden, und seine Vertretung wird in einer von ihm ernannten Person anerkannt. Die Einkünfte dieses Vertreters werden aus den lokalen Einnahmen bestritten werden. Die Rechte der frommen Stiftungen werden wie in der Vergangenheit respektiert werden, und die Muslimanen werden in keiner Weise behindert werden in ihren Beziehungen zu ihrem religiösen Oberhaupt.

Artikel 3: Der genannte Vertreter wird auch bei dem Schutz der Interessen des ottomanischen Staates und der ottomanischen Untertanen, soweit sie in den beiden Provinzen nach dem Gesetz vom 26. Februar 1912 verbleiben, anerkannt werden.

Artikel 4: Durch ein anderes Dekret wird eine Kommission ernannt werden, an der auch die Notabeln der Eingeborenen teilnehmen sollen, um für die beiden Provinzen zivil- und verwaltungsmäßige Maßnahmen vorzuschlagen, die auf liberalen Prinzipien beruhen und lokale Sitten und Gebräuche respektieren.

Die Teuerung.

Russisches Fleischhandelsverbot.

Die Meldung, daß Rußland die Ausfuhr von Fleisch verboten habe, wird jetzt amtlich widerrufen. Bei dem offenen Krieg auf dem Balkan wird der Effekt für Deutschland trotzdem nicht ausbleiben, daß die russische Fleischzufuhr nachläßt. Zudem liegt ein solches Ausfuhrverbot durchaus im Bereiche der Möglichkeit.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Die Stadtverordneten von Kiel stimmten dem Vorschlage der Teuerungskommission zu, wonach die Mitglieder der Schlächtereinnung in ihren Läden an zwei Tagen der Woche Fleisch von vollfleischigen, ausgemästeten, bis 7 Jahre alten Rindern zu einem Preise verkaufen, der nur um 10 Pf. höher ist als der Einkaufspreis. Vorläufig sollen wöchentlich 10 000 Pfd. solches Fleisches zum Verkauf gelangen, doch kann die Stadt je nach der Nachfrage verlangen, daß dieses höchstzulässige Quantum hinauf- oder herabgesetzt wird. Die Kontrolle über Einhaltung des Vertrages, die Festlegung der Verkaufspreise usw. übernimmt eine städtische Kommission. — Ein weitergehender sozialdemokratischer Antrag wurde abgelehnt.

Protest der Eisenbahner.

Mehr als 4000 Eisenbahner waren am Mittwoch im Konfordia-Saal in Berlin versammelt, um gegen die herrschende Teuerung zu protestieren. Der Referent, Generalsekretär Nibel, bezeichnete die herrschende Wirtschaftspolitik als wesentliche Ursache der Teuerung. In der Nähe Berlins gibt es Bahnwärter, die über 30 Jahre im Dienst sind, und einen Tagelohn von 1,80—1,90 M. beziehen. Diese Schichten verfallen unter allen Umständen der Unterernährung. Die reisende Bevölkerung, deren Sicherheit den Bahnangehörigen anvertraut sei, habe ein Interesse daran, daß die Eisenbahner so gestellt werden, daß sie ihrem Dienst auch körperlich gewachsen sind. Neben einer sofortigen Gewährung von Teuerungszulagen sei eine alsbaldige Erhöhung der Gehälter zu verlangen. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckte, fand einstimmig Annahme.

Protestversammlungen.

In Lichtenberg fanden am Dienstag zwei öffentliche Frauenversammlungen statt, die sich mit dem Thema: „Der Kampf der Mütter und Hausfrauen gegen die Teuerung“ beschäftigten. Im „Schwarzen Aker“ hielt Genossin Juchacz den Vortrag. Im „Café Bellevue“ referierte Genossin Klara Bohm-Schuch. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht. Mehrere Renaufnahmen als Mitglieder unserer Partei waren die Folge der von den Referentinnen gehaltenen Junterpolitik.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober 1912.

Vorschauhorbeeren.

Was die bürgerliche Presse und ganz insbesondere die liberale mit dem neuen Botshafter in London treibt, das erinnert an die schlimmsten Zeiten des Walderseeummells. Herr Theodor Wolff steht im „Berliner Tageblatt“ Kopf vor Begeisterung. Zureichender Grund: Fürst Lidnowskij hat einmal einen Artikel für das „Berliner Tageblatt“ geschrieben. Man denke: ein Fürst im „Berliner Tageblatt“! Und so bestätigt denn Herr Wolff, daß Herr Lidnowskij Kunstverständnis, beinahe „liberalisierendes“ Gedankengang, freiere Weltanschauung besitzt, kurz, eigentlich das Zeug hätte zur Schaffung einer liberalen Adelspartei, offenbar das bisher still im Bußen bewahrte Ideal des Chefredakteurs des „Berliner Tageblatts“.

Da muß man doch fragen, wer denn eigentlich der Herr ist. Daß er seinen Fähigkeiten allein seine Stellung verdankt, ist ja von vornherein ausgeschlossen, dazu bedarf es vor allem höfischer Gunst. Allenfalls könnte man diplomatische Talente bei einem Manne voraussetzen, der sich solche Gunst sowohl bei Wilhelm II. und seinen Handlangern, als auch bei den Chefredakteuren unserer liberalen Presse zu erwerben verstanden hat, wäre nicht besonders das letztere gar so leicht. In Wirklichkeit ist aber Fürst Lidnowskij kein unbekanntes Blatt, schon deshalb nicht, weil er selbst gerne Papier beschreibt. Er ist Mitglied der freikonserватiven Partei, das heißt jener Partei, welche alle reaktionären Käster der Konservativen, verschärft durch die der Nationalliberalen, befißt. Als richtiger Vertreter dieser Partei hat sich der Fürst auch im preussischen Herrenhause stets gezeigt. Bei der Beratung der Wahlreform trat er für jenes schwebliche Kompromiß ein, das die Regierung mit den Nationalliberalen vereinbart hatte und dessen Zweck war, durch die Befestigung der Dreiteilung in den Wahlbezirken der Sozialdemokratie jede Vertretung zu rauben. In der Volksfrage ist der Fürst ausgesprochener Fatalist. In der Politik des inneren Politik eine schändliche nationalliberale Verirrung, so bedeutet er für die auswärtige Politik eine gefährliche Dummheit. Und sich für eine solche Politik exponiert zu haben, ist sicher die schlechteste Empfehlung für einen Diplomaten.

Was aber nun die Hauptsache anlangt, die Meinungen des neuen Botshafter über die deutsch-englischen Beziehungen, so genügt es wohl, einen einzigen Satz aus Beziehungen in der Zeitschrift „Nord und Süd“ von Lidnowskij veröffentlichten Artikel zu zitiieren. Es heißt dort: „Im übrigen sollte man sich in England sagen, daß da nun einmal britische Sitten, Raden, Sports und Spiele die Welt erobert haben und von uns wie von anderen nachgeahmt werden, kein Grund vorliegt, weshalb das englische Vorbild nicht auch hinsichtlich unserer Flotte (1) gelten sollte. Weshalb sollen wir bloß Lamm-tennis und Polo kennen und Regatten von unseren englischen Freunden lernen und nicht auch die Liebe zur Flotte? Ich sehe keine Ursache für eine solche Einschränkung unserer weit verbreiteten „Anglomanie!“

Als wir seinerzeit den Satz lasen, wußten wir nicht, ob er eine Athernheit oder eine Fivolität sei. Jetzt wissen wir, daß es sich um den Befähigungsnachweis für das Amt des Botshafter in London gehandelt hat!

Ueber die Katastrophe auf Zeehe Vothingen

beröffentlich der „Reichsanzeiger“ einen zwei Spalten langen Bericht, der von dem Oberbergamt Dortmund nach Abschluss der bergpolizeilichen Untersuchung an den Minister für Handel und Gewerbe erstattet worden ist. Da dieser Bericht in einem für den Laien — also sicherlich auch für den Minister — so unverständlichen, geradezu gesuchten sachtechnischen Kauderwelsch abgefasst ist, dass ihn ein gewöhnlicher Sterblicher ohne ausführlichen Kommentar unmöglich verstehen kann, verzichten wir einstweilen auf seine Wiedergabe. Mitgeteilt sei für heute nur, dass der Bericht jede Verantwortung für Ueberlebende zurückweist, nichtsdestoweniger aber verschärfte bergpolizeiliche Maßnahmen für künftige Fälle für notwendig erklärt! Das klingt immerhin höchst verdächtig!

Ein charakteristisches Geständnis des Herrn Kaempf.

In einer Versammlung des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Mittwochsabend der bisherige Reichstagspräsident Kaempf wieder als Kandidat für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis aufgestellt. Kaempf erklärte, mit Freude und Genehmigung die Kandidatur anzunehmen. Ueber seine Mandatsniederlegung machte er nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt“ folgende Ausführungen:

„Ich habe nicht gewartet, bis die Beweisaufnahme geschlossen wurde. Zwei Gründe waren besonders für mich maßgebend. Ich meine, dass ein Präsident nicht warten darf, bis seine Wahl für ungültig erklärt wird, sondern dass er vorher freiwillig geht. Dann aber wurde mir auch vielfach von Parteifreunden angedeutet, dass die Chancen für meine Wiederwahl jetzt bessere seien, als nach vier oder sechs Monaten.“

Diese Bemerkung spielt auf die Tatsache an, dass jetzt nach den alten Wählerlisten gewählt und dadurch vielen verzogenen Arbeitern das Wahlrecht genommen, Neuzugezogenen aber vorenthalten wird. Dieses Geständnis des Herrn Kaempf wird nur im „Berliner Tageblatt“, vermutlich aus Versehen, mitgeteilt, die anderen freisinnigen Blätter unterdrücken es.

Eine Balkaninterpellation im bayerischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen Abgeordneten-Kammer hat Donnerstagsvormittag folgende Interpellation eingebracht:

„1. Hat die bayerische Regierung Anlaß genommen, die Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu bewirken, damit er angesichts der Wirren auf der Balkanhalbinsel über die Mittel zur Sicherung des Friedens unter den europäischen Großmächten berät?
2. Hat die Regierung beim Bundesrat Schritte zur Einberufung des Reichstages getan, damit der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik in autoritativer Weise Mitteilungen über die gegenwärtige Lage macht und die Vertretung des deutschen Volkes Gegenheit erhält, die drohende Kriegsgefahr abwenden zu helfen?“

Dieser Interpellation ist folgende Begründung beigegeben:
„Das deutsche Volk ist durch die Unsicherheit der politischen Lage aufs tiefste beunruhigt. Die deutsche Volkswirtschaft hat bereits schwere Erschütterungen erfahren. So herrscht heute der Zustand, daß, wie der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hertling am 30. August 1907 im Deutschen Reichstage ausführte: Die feste Unterlage eigener Beurteilung fehlt. Ich halte das, führte Freiherr v. Hertling damals aus, nicht für einen befriedigenden Zustand. Ich bin vielmehr der Meinung, daß es sehr nützlich wäre, wenn der Deutsche Reichstag sich öfter, als bisher der Fall war, mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen würde.“

Angesichts der gefährlichen Zustände der Lage und angesichts der Tatsache, daß der frühere Reichstagsabgeordnete nun der leitende Minister des zweitgrößten Bundesstaates geworden ist, erscheint gerade der zurzeit verfallene bayerische Landtag als die Instanz, von wo aus wirksame Maßnahmen zur Beruhigung des deutschen Volkes erörtert und ergriffen werden können.“
Die Interpellation wird vom Abg. Müller-München begründet werden.

Minister a. D. v. Frauendorfer als Aufsichtsratsmitglied.

Herr v. Frauendorfer wurde am letzten Dienstag in den Aufsichtsrat des Präge-, Stanz- und Blechwerkes Rudolf Hillingwerk A.-G. in Nürnberg gewählt. Die Firma Hillingwerk liefert Leiste zu Militärfahrzeugen, insbesondere aber Torpedos und Marineausstattungsgegenstände. Ein gewählter Minister eignet sich also vorzüglich als Aufsichtsratsmitglied für eine solche Firma.

Versammlungsfreiheit in Preußen.

Der Polizeipräsident von Hannover hat die für Sonntag von den Genossen geplante Versammlung unter freiem Himmel, die sich mit der Richterfällung der in der Landtags-Thronrede von 1908 gegebenen Verkündung eines besseren Wahlrechts in Preußen beschäftigen sollte, aus verkehrspolizeilichen Gründen verboten. Dieser Grund ist nicht stichhaltig, da der in Aussicht genommene Schlägenplan außerhalb jeden Verkehrs liegt und mehrere durchaus genügende Wegeverbindungen nach allen Seiten hat.

Der Schutz der Arbeitwilligen.

Der Verband sächsischer Industrieller läßt sich jetzt sogar bläherweise Gutachten über die Notwendigkeiten des Arbeitwilligen-Schutzes schreiben. Die neueste Veröffentlichung des Verbandes sächsischer Industrieller ist ein Rechtsgutachten des Oberverwaltungsgerichtsrates Vlaher, Dresden.

Selbstverständlich sind die Arbeiterorganisationen an allem schuld, wenn auch nicht die Feststellung zu umgehen ist, daß den Arbeitgebern der Terrorismus durchaus nichts Unbekanntes und Unbenanntes ist.

Uns interessiert an der Arbeit besonders das Kalendarium der Interpellationsangriffe auf die deutsche Regierung durch die Unternehmerverbände. Es ergibt sich da eine recht schöne Zusammenstellung, die wir folgen lassen: Als erster Arbeitgeberverband machte sich der zu Köln im Januar 1910 „an den Minister des Innern. Schon damals wurde den Herren das Konzept verdorben; die sozialdemokratische Presse veröffentlichte wenige Tage nach der Ueberlieferung des streng geheimen Mitschreibens den genauen Wortlaut desselben. Sehr zum Aerger der damals die Arbeitwilligen noch heimlich liebenden Unternehmer.

Am 6. Februar 1911 kam der Verein deutscher Arbeitgeberverbände mit seinen Forderungen des Arbeitwilligen-Schutzes an die Regierung. Am 1. Juli 1911 folgte der Zentralverband deutscher Industrieller, am 9. November 1911 der Verband der sächsischen Industrieller und jetzt erst wieder, Mitte September 1912, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband.

Das Programm dieser beschwörenden und jammernden Eingaben ist immer wieder dasselbe, es trifft sich in der Sache mit den Forderungen des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, deren „Wünsche“ so lauten:

1. Das Streikpostenstreichen ist allgemein zu untersagen.
2. Den Arbeitwilligen ist „ausreichender Schutz“ durch Androhung hoher Strafen für ihre Belästigung zu gewährleisten.

8. Es ist sofortige Aburteilung der Ergzedenten herbeizuführen.

Das ist die Lösung der sozialen Frage wie sie sich die Mehrzahl der deutschen Arbeitgeberverbände denken!

Das Kongoabkommen.

Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning, der im Interesse der Gebr. Mannesmann eine Sprittour durch Marokko gemacht hat, ließ vor einiger Zeit eine dickleibige Broschüre über das Kongoabkommen erscheinen. Was er in der Broschüre mitteilt, ist nichts Neues, denn all das hat er bereits in der Kommission des Reichstages, der er damals angehörte, mitgeteilt. Mit allem Nachdruck bleibt er aber darauf bestehen, daß das Reichskolonialamt von der Mitwirkung bei den Verhandlungen über den Kongo ausgeschlossen war, daß ferner dem Auswärtigen Amt eine brauchbare Karte des Kongo nicht vorgelegen hat und schließlich daß die im Kongo liegenden Inseln nach wie vor französischer Besitz bleiben werden.

Diesen Behauptungen tritt eine offiziöse Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegen. Es wird behauptet, daß das Reichskolonialamt schriftlich und mündlich Gutachten erstattete und daß es insbesondere auch Kartenmaterial geliefert hat, das neben anderen geographischen Hilfsmitteln bei den Verhandlungen benutzt worden ist. Die endgültige Regelung der Zugehörigkeit der Kongoinseln erfolgt durch die gemischte Grenzregulierungskommission, und wenn dort eine Einigung nicht erzielt werden sollte, nützlichfalls durch ein Schiedsgericht.

Auch diese Darlegungen bieten nichts Neues, denn auch dies ist schon in der Reichstagskommission zur Sprache gekommen. Herr Dr. Arning, der untröstlich darüber ist, daß die ihm befreundeten Gebrüder Mannesmann angeblich benachteiligt worden sind, wird sich schon mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es in seiner Macht jedenfalls nicht liegt, an den Dingen, so wie sie sich gestalten haben, irgend etwas zu ändern. Soweit man übersehen konnte, hat von seiner Broschüre eigentlich nur die „Deutsche Tageszeitung“ eingehender Notiz genommen. Die übrige Presse legte das Werk beiseite, eben weil nur in ganz unglaublicher Breite nochmals wiedergegeben wurde, was längst schon allgemein bekannt war.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarische Justiz.

Die zweite Gruppe der Angeklagten aus den Budapestter Polizeischlachten stand am Donnerstag vor dem dortigen Gericht. Zwei Personen erhielten je sechs Monate Gefängnis, vier Personen je fünf Monate, fünf Personen je vier Monate, ein Angeklagter einen Monat, sechzehn Angeklagte, darunter sieben Frauen, acht bis fünfzehn Tage Gefängnis. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dänemark.

Verfassungsrevision.

Das soeben zusammengetretene dänische Parlament soll in seiner letzten Session nun doch über die seit langem ihrer Abfertigung harrenden Frage der Verfassungsrevision entscheiden. Die Regierung hat es demnach nicht für ratsam gehalten, vor die Wähler zu treten, ohne sich an die Lösung dieser für die Fortentwicklung des Landes so wichtigen Frage herangewagt zu haben. Als der bürgerliche Freisinn vor drei Jahren den bürgerlichen Radikalismus des Herrn Zahle in der Regierung ablöste, war sein wichtiges Versprechen das der Verfassungsrevision. Die Legislaturperiode ist vorübergegangen, ohne daß man auf Seiten der Regierung von der Einlösung des Versprechens sprach. Es schien, als ob der bevorstehende Wahlkampf um diese Frage geführt werden müsse. Jetzt wird bekannt gegeben, daß das Ministerium mit seiner Partei über die Grundzüge einer Verfassungsrevision einig geworden ist. Nur über die Details wird noch weiter verhandelt.

Die Absicht geht dahin, das Alter der Wahlberechtigten von 30 auf 25 Jahre herabzusetzen. Der seinen Wohnsitz im Wahlkreise hat, 25 Jahre alt ist, Armenunterstützung nicht bezieht oder bezogene zurückzuerstatten hat und über seinen Besitz selbst verfügen kann, soll demnach das Wahlrecht zur zweiten Kammer (Folkething) haben. Wichtig ist, daß den Frauen unter gleichen Bedingungen wie den Männern das Wahlrecht gewährt werden soll. Die Zahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer wird durch das Wahlgeseß bestimmt, darf aber 132 nicht übersteigen (bisher 114). Durch das Wahlgeseß wird ferner die Kreiserteilung vorgenommen, die auf der Grundlage der Einwohnerzahl mit Rücksichtnahme auf Wählerzahl und Verdünnungsbedeutung erfolgen soll. Zudem diese Materie aus der Verfassung in das Wahlgeseß verlegt wird, erreicht man, daß die Kreiserteilung von Wahl zu Wahl festgesetzt werden kann. Das ist ein Vorzug gegenüber dem sonst in vielen Ländern üblichen System der einmaligen Festlegung der Wahlkreise. Die Zahl der von der Regierung vorgeschlagenen Wahlkreise beträgt 129 anstatt bisher 114. Die Abstimmung soll in den Gemeindebezirken vor sich gehen. Die absolute Majorität ist vorgesehen. Das Wahlgeseß soll eventuell bereits bei der kommenden Wahl angewendet werden, seine definitive Durchführung wird jedoch nur dann erfolgen, wenn die Verfassungsrevision von dem neu gewählten Parlament verfassungsgemäß angenommen wird. Die geltende Verfassung bestimmt nämlich, daß Verfassungsänderungen, die von einem Reichstage beschlossen werden, erst Gesetzeskraft erlangen, wenn der nächste neu gewählte Reichstag sie bestätigt.

Diese vorläufigen Vorschläge entsprechen im großen und ganzen den Verprechungen, die von den Führern der bürgerlichen Linken gelegentlich gemacht worden sind. Zweifellos bedeuten sie einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Wahlrecht und in der Einführung des Wahlrechts kann von dem Sieg eines Prinzips gesprochen werden. Allein, die Klausel betreffend die Armenunterstützung ist reaktionär, und ebenso reaktionär ist das, was hinsichtlich der ersten Kammer, des Landthings, bestimmt werden soll. Dieses völlig überflüssige Gebilde soll konvertiert werden, die Wahl durch die Gemeindevorstände auf Grund des Verhältniswahlsystems erfolgen. Zu einer Aenderung des schimmelig gewordenen Kommunalwahlrechts hat sich die Regierung nicht entschließen können, so werden denn in der ersten Kammer die Vertreter der Gemeindegewaltigen sich breit machen. Mag es der Demokratie, besonders der Arbeiterklasse gelingen, in den Städten Einfluß auf die Gemeinden zu gewinnen und dadurch Männer ihres Vertrauens in die erste Kammer zu entsenden, in den weiten Landgebieten wird wie bisher der Grundbesitz die Mehrheit der ersten Kammer bestimmen. Da die Befugnisse dieser Kammer die gleichen sind, wie die der auf mehr demokratischer Grundlage stehenden zweiten Kammer, wird an den faktischen Majoritätsverhältnissen nicht viel geändert werden. Der bürgerliche Liberalismus, der sich wesentlich auf das Kleinrentnerium stützt, glaubt damit seine parlamentarische Macht konvertieren zu können.

Solange jedoch nicht die Detailsbestimmungen bekannt sind, wird man mit der Kritik zurückhalten müssen. Das Verhältniswahlsystem, das hier durchgeführt werden soll, kann einen Fortschritt bringen, aber es kann ebenso gut eine Reaktion bedeuten, wenn die Zahl der von den Gemeindevorständen zu wählenden Wahlmänner ohne gebührende Rücksicht auf die Zahl der Einwohner und Wähler

festgesetzt wird. In diesem Fall würden die kleinen Landgemeinden gar das vollständige Uebergewicht erlangen.

Die Sozialdemokratie hat sich wiederholt bereit erklärt, die Regierungspartei bei der Lösung der Verfassungsfrage wirksam zu unterstützen. Diese Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß die Lösung sich in demokratischer Richtung bewegt. Die Stellung der Sozialdemokratie wird abhängen von dem endgültigen Aussehen der Regierungsvorlage und dem im Parlament selbst zu erzielenden Konsens. In erster Linie wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre eigenen Forderungen vertreten. Sie hat bereits ihre Anträge zur Verfassungsrevision formuliert und dem Reichstag unterbreitet. Sie fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle unbescholtenen Männer und Frauen über 21 Jahren, die nicht Armenunterstützung empfangen und über ihren Besitz frei verfügen können, Einkommenssystem, Volksreferendum über alle vom Parlament beschlossenen Gesetze, sofern mindestens 50 000 Wähler das fordern; beschlossene Verfassungsänderungen sind auch ohne solches Verlangen den Wählern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Ferner soll bei Antrag von 50 000 Wählern den Wählermassen das Initiativrecht zustehen, das Referendum über ein von ihnen direkt beantragtes oder dem Reichstage vorgelegtes Gesetz herbeizuführen. Gleichzeitig fordern die Anträge unserer Partei die Reform des Gemeindewahlrechts auf der gleichen Grundlage wie oben. Für die Wahl der Amirate der Regierungsbezirke, die durch die Gemeindevorstände erfolgt, wird das Proportionalwahlrecht gefordert.

Marokko.

Neue Kämpfe.

Paris, 17. Oktober. Wie aus Casablanca gemeldet wird, ist die Kolonne Gueydon auf ihrem Marsch durch das Ladogebiet von mehreren Stämmen angegriffen worden. Die Marokkaner erlitten ernste Verluste; auf französischer Seite wurden zwei Mann getötet und sieben verwundet.

Persien.

Rußland sieht im Trüben.

Teheran, 17. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Zahl der Truppen, die Rußland nach Herat schicken zu senden beabsichtigt, soll etwa 3000 betragen. In gewissen Kreisen glaubt man, daß die Entsendung weniger wegen der erneuten Unruhen der Fidis und Kurden erfolgt, als weil Rußland die Balkanrisse benutzen will, um den türkischen Uebergriffen in persisches Gebiet Einhalt zu tun. Die Regierung hat den Generalschahmeister ersucht, ihr Mittel für die nötigen Nachregeln gegen Salar ed Dauleh zu beschaffen, der über Hum nach Teheran vorgehen will.

Amerika.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

New York, 16. Oktober. Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko hat General Felix Diaz, der Neffe des früheren Präsidenten, Veracruz besetzt. Er ließ den Direktor des Arsenal und den Kommandeur der Garnison verhaften, gab aber letzteren später gegen Ehrenwort wieder frei. Zwei auf dem Fluße liegende Kanonenboote seien dem Vorgehen des Generals keinen Widerstand entgegen. Die Geschäftshäuser sind geschlossen. Die Bürger haben Diaz eine begeisterte Aufnahme bereitet.

New York, 17. Oktober. Nach einer Depesche aus Mexiko ist Veracruz von der Landseite aus vollständig abgeschritten. Die Regierung hat die Eisenbahnen aufgefördert, alles Bahnmateriale zurückzuziehen und neue Einheiten in Orizaba, Jalapa und Tierra Blanca zu errichten. Kein Zug wird über die Linien der Bundesarmeen hinaus verkehren. 126 Mann der Bundesarmeen aus Orizaba, die mit einem Vorposten der Aufständischen südlich von der Stadt zusammentrafen, vereinigen sich sogleich mit den Aufständischen. Die vollständige Isolierung des Generals Diaz hängt von der Loyalität der Kanonenboote ab.

Mexiko, 17. Oktober. Präsident Madero hat den Befehl gegeben, daß sich alle regulären und irregulären Truppen zur Einschließung von Veracruz vereinigen sollen, um General Felix Diaz, den die Regierung für den gefährlichsten Aufwiegler hält, niederzuwerfen.

Aus der Partei.

Eine machtvolle Kundgebung gegen den Krieg

veranstaltete am Dienstag das Proletariat Wiens. Tausende waren in dem großen Saale Wiens erschienen, und viele Tausende mußten wieder fortgehen, ohne Einlaß zu finden. Es sprachen die Genossen Adler, Viktor, Seif. Aus der Rede des Genossen Adler geben wir folgende Ausführungen wieder:

„Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Wenn man sich unsere Lage vergegenwärtigt und sich vor Augen führt, wie das Volk heute schon lebt, wie die wachsende Lebensmittelverknappung auf den breiten Massen laftet, wie schon die bloße Kriegsgefahr Arbeitslosigkeit heraufbeschwört; wenn man sich vor Augen führt, wie das Leben des österreichischen Proletariats in den letzten Jahren immer schwerer geworden ist; wenn man sich vergegenwärtigt, wie unser Staat ausstirbt, wie er unfähig ist, Spitäler, Schulen, kurz die primitivsten Forderungen der Kultur zu erfüllen, und wie er dann noch durch eine verdammenwerte Agrarpolitik das Volk austrocknen läßt; wenn man sich vorstellt, daß zu diesen allen Qualen noch die Qual eines Krieges kommen soll, dann muß man sagen, wir beneiden die Menschen nicht, die dort im Glanze leben, ruhig schlafen und glauben, es handle sich nur darum, ob der Ruhm eines Monarchen oder eines Anwarts auf diesen Posten gefährdet ist. Die Herren sollen doch auch andere Dinge erwägen. Wir Sozialdemokraten prophezeien nicht, und wir sind viel zu gewissenhaft, um zu drohen und anzukündigen, wovon wir nicht überzeugt sind, daß wir es leisten können. Wir prophezeien nicht und wir drohen nicht. Aber die Mächtigen mögen die Geschichte betrachten, und wenn wir nicht an die Zukunft appellieren dürfen, so appellieren wir an die Vergangenheit. Sie mögen sich erinnern, daß der Deutsch-Französische Krieg geendet hat mit der Kommune und der Russisch-Japanische Krieg mit der russischen Revolution. (Großer Beifall.) Die Kommune ist zu Boden geschlagen worden und die russische Revolution ist vorläufig im Wute erstickt. Noch arbeiten Hunderte von Galgen und Schnitzausen von Kerkermeistern, um sie zu würgen; aber die Kommune lebt und die russische Revolution lebt. (Stürmischer andauernder Beifall.) Wir drohen nicht und wir prophezeien nicht; aber mögen die anderen aus der Geschichte lernen, was wir aus der Geschichte gelernt haben: daß es im Leben der Völker Momente gibt, wo automatisch — Revolutionen werden nicht angekündigt und Revolutionen werden nicht gemacht — an den Ketten gerüttelt wird und solange gerüttelt wird, bis sie endlich brechen.“

Am Schlusse der großartig verlaufenen Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die in scharfen Ausdrücken den Krieg verdammt und sich inhaltlich mit dem auch von uns veröffentlichten Aufrufe des österreichischen Parteivorstandes deckt.

Genossen! Gestaltet die Massendemonstration in Treptow zu einer wichtigen Kundgebung!

Eine Bruhn-Beleidigung

Stand heute vor dem Schöffengericht in Moabit zur Verhandlung gegen die Genossen Wels und Richard Fischer. Ersterer war angeklagt als Verleger eines Flugblattes, das unmittelbar nach dem Dähfel-Prozess im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde zur Verbreitung gelangt war und worin Bruhn als der politische und journalistische Ehrenmann gekennzeichnet war, wie er aus dem Prozeß Dähfel als Verleger der „Wahrheit“ hervorgegangen war.

Zur Klagebegründung verlas Herr Bruhn und sein Verteidiger auf das Urteil im Bruhnprozeß, aus dem er —

Dies Kind, kein Engel ist so rein, Laßt's Eurer Guld empfohlen sein matellos hervorgegangen sei. Selbst das „Berliner Tageblatt“ habe ihm das attestiert. Fischer komme schon um deswillen als Mitäter in Frage, weil es feststehe, daß die einer so großen Aktion, wie das Flugblatt gegen ihn darstelle, der Druck jedenfalls nicht bewerkstelligt werde, ohne daß in einer gemeinsamen Konferenz Beschlüsse gefaßt worden.

Wels erklärte, er sei Sekretär der Provinz Brandenburg und habe mit der Agitation, Flugblattverteilung usw. in 18 Wahlkreisen zu tun. Da lämen Duodez von Flugblättern zur Verteilung, für welche er aus rein formal-technischen Gründen als Verleger zeichne, ohne daß er mit der Abfassung etwas zu tun habe.

vorliegenden Fall erkläre er ganz offen, daß er von dem Inhalt Kenntnis erhalten habe, daß er nach wie vor die im Flugblatt behaupteten Tatsachen für richtig und die Charakterisierung des Klägers auf Grundlage des Dähfel-Prozesses für angebracht halte. Habe doch sogar der Staatsanwalt die Erhebung der Anklage gegen Bruhn im öffentlichen Interesse für nötig angesehen.

Das Urteil lautete auf Uebnahme der Kosten durch Bruhn insoweit Fischer in Betracht komme, auf 100 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils gegen Wels. In der kurzen Begründung führte der Richter aus, Herr Bruhn sei allerdings im Prozeß Dähfel „in ein ungünstiges Licht gestellt worden“.

In der Verhandlung hatte der Verteidiger Bruhns, Rechtsanwalt Lips, die Beleidigung Bruhns durch das Flugblatt als „geradezu unerhört“ bezeichnet, und Bruhn selber domerte: „so sei noch niemals ein politischer Gegner heruntergerissen worden“.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michael eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Wahl des Ausschusses zur Vorbereitung des Antrages Kron's (Soz.) wegen Abschusses eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten hat stattgefunden; die sozialdemokratische Fraktion ist durch Brüdner, Dupont, Glode, Grunwald, Sassenbach vertreten; Stadtb. Sassenbach ist Vorsitzender des Ausschusses.

Das seit seiner Einsetzung im Jahre 1881 aus 3 Mitgliedern des Magistrats, 6 der Versammlung und 2 Bürgerdeputierten bestehende Vieh- und Schlachthof-Kuratorium soll wegen des Anwachsens des Geschäftsbereichs um ein Magistratsmitglied, zwei Stadtverordnete und einen Bürgerdeputierten vermehrt werden.

Die Versammlung stimmt zu. Auf dem Schulgrundstück Höchste Straße 34/35 soll für die Gemeindegasse 33/36 und 134 eine zweite Turnhalle nebst Unterrichtsraum erbaut werden. Der Magistrat legt den speziellen Entwurf und den mit 168 000 M. abschließenden Kostenanschlag vor.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am 12. d. M. folgender Antrag Dr. Kron's und Genossen eingebracht worden:

Die Versammlung wolle beschließen, 1. gegen die das Vereinigungsrecht der Feuerwehrlente schwer gefährdenden Verfügungen des Polizeipräsidenten zu Berlin im Interesse der Bürgerschaft und der beteiligten Feuerwehrlente Protest zu erheben; 2. Den Magistrat zu ersuchen, erneut mit der königlichen Staatsregierung in Verhandlungen zwecks Uebnahme der Feuerpolizei in städtische Verwaltung zu treten.

Stadtb. Dr. Rosenfeld (Soz.): Es ist diesmal die Feuerwehr, welche uns alarmiert; sie erwartet von uns, daß wir ihr zu Hilfe kommen in dem schweren Konflikt, der zwischen der Leitung und den Mannschaften ausgebrochen ist. Wie weit die Erregung gegriffen hat, erhellt man aus den Gerüchten, daß bereits Pioniere an die Stelle der entlassenen Feuerwehrlente getreten seien. Wenn irgendeine Gruppe auf die allgemeine Sympathie Anspruch hat, dann sind es gewiß die Feuerwehrlente. Gerade wegen dieser Sympathie mußte es ganz besonderes Aufsehen erregen, als vor einigen Wochen und seitdem ständig bis heute in der Presse Nachrichten erschienen, die bewiesen, daß die Leitung den Mannschaften wesentlich unfreundlicher gegenübersteht.

Kleines feuilleton.

Rusikarretel. Die wahrhaft grotesken, für unsere kapitalistischen Kunstzustände höchst bezeichnenden Vorgänge, die sich regelmäßig bei Gastspielen des Tenoristen Caruso in Berlin abspielen, geben der „Köln. Ztg.“ Anlaß zu einigen Betrachtungen. Wir geben sie um so lieber wieder, als die große Berliner Presse diese Anzeigen verdienstlicher Eitelkeit als musikalische und gesellschaftliche Weltbegebenheiten zu feiern pflegt.

Der Parteitoyl kostete bei dem jüngst verlossenen Caruso-Gastspiel 30 M. an der Kasse des Opernhause, aber die Karten sind vor dem Opernhause schon bis 140 M. das Stück gehandelt worden. Das ganze Treiben der Zwischenhändler machte einen komisch-unheimlichen Eindruck, sie hielten sich vor den Schupklen nicht sehen lassen; sie hielten jeden Vorübergehenden, der bei ihnen stehen blieb, für einen verkleideten Kriminalhauptmann, und die Vorsicht war nicht ungerechtfertigt, denn verkleidete Polizisten hatten sich wirklich unter die billettstuchende Menge gemischt.

Ganz ähnliche Dinge dürften sich demnächst in Stuttgart abspielen, wo für die Ernsation der Strauchhosen Ariadne-Aufführungen als Eintrittspreis 50 M. an der Kasse verlangt werden. Bekanntlich fährt „ganz Berlin“ im Extrazuge hinüber und verplankt dabei orientalisches-preussische Sitten nach dem biedereren (na, na!) Stuttgart.

des feingezügelten Menschen berührt sind, ist jetzt eine neue gekommen, die vom Grafen Wegowen und seinen Söhnen in der Nähe St. Girons am Nordabhang der Pyrenäen entdeckt worden ist. Der Graf war zuerst durch die Entdeckung einer ungewöhnlich schön gekrümmten Speerspitze aus Messinggeweis auf den Platz aufmerksam geworden und verfolgte in diesem Sommer in einem kleinen eigens gebauten Kanoe einen Fluß aufwärts, der sich im Kalkgebirge verliert.

Türkisches Schicksal. Morig Hartmann, der Dichter des Pfaffen Rauritus hat unter den mannigfachen fremden Volksliedern, die er sammelte und verdeutschte, auch ein türkisches übertragen, das die fatalistische Stimmung des türkischen Volkes gut charakterisiert. Es lautet:

Ich schleife mein Messer Am feineren Rad,
Kein Mensch weiß, was er morgen tut,
Kein Mensch weiß, was er gestern tat,
Der Tag allein ist helle.

Ich schleife mein Messer Am feineren Rad,
Der Tag allein ist helle.
Werd' ich einen Hammer Durch die Rechte schneiden?
Oder wird ein Staur Aus dem Leben scheiden?
Ich schleife mein Messer Am feineren Rad,
Der Tag allein ist helle.

Die chinesische Stillschkeit. Ein Erlaß des chinesischen Präidenten befaßt sich mit der Erhaltung der traditionellen chinesischen

Sitten. Es heißt darin: General Kwang-Ching hat mir mitgeteilt, daß seit der Gründung der Republik viele junge Leute, die in den Sinn des Wortes „Republik“ noch nicht eingebrungen sind, der Meinung seien, das neue Regime gewähre jedem die Freiheit, alles zu tun, was ihm behagt, die Moral außer acht zu lassen und gegen die Gesetze der Natur zu verstoßen.

China — heißt es weiter — ist auf der Befolgung dieser Grundsätze aufgebaut. Man kann wohl die Regierungsform und die öffentlichen Einrichtungen ändern, nicht aber das Sittengesetz. Die jungen Leute, die hierin einen Wandel eintreten lassen wollen und sich dabei oftmals auf ihre oberflächliche europäische Bildung berufen, tun dies nur um ihres persönlichen Vorteils willen und um das Volk zu schädigen.

Man ersieht aus diesem Erlaß, daß die alten chinesischen Moralgrundsätze, die in ihrer Art ebenso groß und erhaben sind wie die anderer Völker, bereits von der „kapitalistischen Moral“ bedroht werden. Diese Umwandlung werden keine Erlasse aushalten. Der Kapitalismus wird im Gegenteil mit der chinesischen Tradition so gut fertig werden wie etwa mit dem Christentum.

Notizen.

— Kunstabend. Im Schillerhalle, Charlottenburg findet am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, ein „Liliencron-Abend“ statt.
— Musikchronik. Gustav Mahlers Lied von der Erde, eine Sinfonie in sechs Teilen für eine Alt- und eine Tenorstimme und großes Orchester, gelangt Freitag im ersten unter Leitung von Dolar Fried stehenden Sinfonie-Konzert in der Philharmonie zur ersten Aufführung in Berlin.
— Marcell Salzer gibt im Beethovenhalle seinen ersten Vortragsabend mit einem völlig neuen Programm aus Werken moderner Quomristen.

Feuerwehrlaute in Deutschland sogar in den freien Gewerkschaften organisiert. Im Ausland ist diese Art der Organisation gang und gäbe, z. B. in Kopenhagen. So weit sind wir ja leider in Berlin noch nicht; aber das kann und nicht hindern, trotzdem für die Feuerwehrlaute einzutreten. Hier handelt es sich wirklich um die Verdrehung des Koalitionsrechts eines Teiles der Berliner Bürgerschaft; hier, Herr Goldschmidt, haben Sie die beste Gelegenheit, dafür einzutreten (Sehr gut! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir dürfen uns aber nicht mit dem Protest begnügen. Aufgabe des Magistrats, ja seine Pflicht ist es, an den zuständigen Stellen seine Stimme zu erheben. Was hat der Oberbürgermeister bisher getan, um den bedrängten Feuerwehrlaute zu Hilfe zu kommen? (Unruhe.) Vorläufig möchte ich daran, daß er etwas getan hat, keinen Zweifel hegen. Aber auch damit werden nur die Folgen des ganzen Systems bekämpft; das System der königlich-preussischen Polizei bleibt damit unangefastet. Wollen wir wirklich das Hebel von Grund aus beseitigen, dann muß Hand an das System selbst gelegt werden, dann müssen wir die Forderung endlich durchdrücken, daß die Feuerwehrlaute in die Hände der Stadt übergeht. Dieser Teil unseres Antrages ist sehr alt. Lange Jahrzehnte wogt der Kampf um die Uebernahme der Polizei durch die Stadt, es ist aber dabei geblieben, daß die Stadt zahlt und der Staat mit dem Gelde macht, was er will. Schon 1846 ist darüber verhandelt worden, ja 1847 war sogar der Minister des Innern unter einigen Vorbehalten damit einverstanden. Die Zeit ist damals leider verpaßt worden; so günstig waren die Bedingungen später niemals wieder. In den 70er, 80er, 90er Jahren hat man sich von neuem mit der Frage beschäftigt, immer mit demselben Ergebnis. 1906 erhielten wir eine ausführliche Denkschrift des Magistrats über die Frage. Die Regierung blieb bei ihrer Ablehnung; die letzte erfolgte im Dezember 1910. Ich erinnere an die ersten Worte, die damals Oberbürgermeister Kirchner sprach, an seine Enttäuschung über diese noch dazu ohne Angabe von Gründen erklärte Ablehnung. Die Herren von der Regierung haben eben keine Gründe. Darum erheben wir die Forderung nach Uebertragung der Polizeiführung wiederum; eine Forderung, welche selbst im Dreiklassenhaushalt und im preussischen Herrenhause Zustimmung gefunden hat. Nach 1908 hat das Abgeordnetenhaus eine entsprechende Resolution angenommen. Es ist geradezu Berlin umwändig, daß eine fremde Behörde die eigensten Angelegenheiten der Stadt wahrnimmt! Wir wollen mitreden, wo wir mitreden müssen. Unsere Aktion ergebnislos auch, daß in der Feuerwehrlaute nicht alles so vorzüglich ist, wie es gern hingestellt wird. Es ist über das Ueberhandnehmen des Drills und der Paraden, über die Beschäftigung der Leute in der Privatindustrie, als Arbeitswillige usw. wiederholt mit Recht geklagt worden. Nach 1910 bei der Frage der Verbesserung der Gehälter behauptete die Versammlung, daß sie nicht berechtigt sei, über die Löhne der einzelnen Kategorien der Feuerwehrlaute Angelegenheiten zu verlangen. Die Feuerwehrlaute leiden heute darunter, daß nicht Berlin die Leitung in Händen hat, um auch über die Löhne Entscheidung zu treffen. (Zuruf des Stadts. Bamberg: Die Leute sind dabei vergnügt!) Nicht ein Sozialdemokrat, sondern der Nationalliberale Dr. Schröder hat im Abgeordnetenhaus eine ganze Reihe von Mißständen auf dem Gebiete der Anstellung und Entlohnung der Feuerwehrlaute gerügt. Nur eine städtische Verwaltung der Feuerwehrlaute kann polizeiliche Uebergriffe verhindern. Schwer lastet die Hand des Berliner Polizeipräsidenten auf der Berliner Bevölkerung. Auf allen Gebieten sehen wir wieder eine übermüdete Junkerbürokratie sich breit machen. Ich erinnere an das provozierende Verhalten der Polizeibeamten bei Straßendemonstrationen, in Waidut und auf dem Wedding, an die berüchtigten Schieberläufe. Wir haben Herrn v. Jagow bewundert in seinen Kämpfen gegen die Hutnadeln und die unsittlichen Pfefferkuchen, wie haben viel belacht seine Warnung an die Reueigenen. Die wahre Kulturarbeit ist von Herrn von Jagow wiederholt aufs empfindlichste gestört worden, so durch sein Vorgehen gegen die „Freie Volkshöhle“, gegen die „Arbeiterjugendheime“ usw. Es gab selten einen Mann an der Spitze der Berliner Polizeiverwaltung, der soviel Widerspruch und Entrüstung in der Bürgerschaft hervorgerufen hat (Zustimmung und wiederholter Widerspruch) — bei der großen Mehrheit (Erneuter stürmischer Widerspruch). — Woher wollen Sie denn wissen, wie es in der großen Mehrheit aussieht? Auch Herr von Jagow ist aber schließlich nur ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft (Übermaliger Widerspruch; Ruf: Unerbittlich!). Immerhin hat er die Anerkennung verdient, daß er auslässend gewirkt hat, ich erinnere nur an die geringere Zahl der sozialdemokratischen Stimmen (Stürmische Unterbrechungen; Ruf: Feuerwehrlaute zur Sache!). Wir lassen uns von den Grundrissen der Gerechtigkeit leiten (Gelächter bei der Mehrheit). Wenn Sie dagegen solchen Widerspruch laut werden lassen, zeigt das, wie weit Sie von der Gerechtigkeit entfernt sind. (Lärm bei der Mehrheit, stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten; erneuter Ausruf und Rufen bei der Mehrheit.)

Stadts. Sonnenfeld (A. L.): Es ist in der Tat ein sehr interessantes Bild, daß wir das Banner der Königstreue und Vaterlandsliebe heute getragen haben von dem Kollegen Rosenfeld und seinen Genossen. Ebenso interessant ist es, daß heute der Vertreter derjenigen Partei, die sonst dem Grundriss huldigt: „Wer nicht pariert, fliegt“ hier für diejenigen eintritt, welchen unter gewissen Voraussetzungen die Mündigung angedroht ist. (Sehr gut! bei der Mehrheit, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Tatsächlich scheint in dem Falle der Berliner Feuerwehrlaute eine Ueberspannung der Disziplin geeignet zu sein, den Vogen zum Flachen zu bringen. Den Zwischenruf des Stadts. Bamberg deutet sich dahin, daß bei den Feuerwehrlaute trotz allem eine große Arbeitsfreudigkeit besteht. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir können hier aber keine Anklage erheben, ohne den anderen Teil gehört zu haben. Wenn die Vorgesetzten sich so zugetragen haben, wie sie publiziert worden sind, erkläre ich, sie aus tiefster Bebauern zu müssen, ja darüber sogar Erbitterung und Entrüstung zu fassen. Wir müssen daher über die Sache in Beratung treten, und zwar ersprießlicher Weise in einem Ausschuss, wo der Magistrat mitwirken und den Polizeipräsidenten um Auskunft ersuchen kann. Unser Recht, uns in die Angelegenheit zu mengen, hängt allerdings erst da an, wo die allgemeinen Interessen berührt werden. Wenn anscheinend der überwiegend größten Zahl der Feuerwehrlaute Mündigung angedroht wird, müssen wir fragen: Ist der Polizeipräsident eines hinreichenden Erlasses sicher, wenn die Feuerwehrlaute zusammenhielten? Was den zweiten Teil betrifft, so ist die Taktik, die der Antragsteller den Kollegen von 1848 zum Vorbild macht, genau dieselbe, welche die Sozialdemokraten noch heute verfolgen, die Taktik des: „Alles oder nichts“. Daß es ein dringendes Bedürfnis für die Stadt wäre, die Feuerwehrlaute in die Hand zu bekommen, ist Tatsache; heute würden wir uns auch an den Bedingungen von 1848 nicht mehr stoßen. Aber der heutige Zeitpunkt ist nicht der geeignete, den Magistrat um neue Verhandlungen zu ersuchen, nachdem erst vor zwei Jahren die Regierung ihr Nein ohne Gründe ausgesprochen. Die mannhaftesten Worte Kirchners haben damals die Situation richtig gekennzeichnet; Kirchner hat 1911 mit uns den Standpunkt vertreten, nicht fortgesetzt als Mittende an eine Behörde heranzutreten, die so verfährt. Zweckmäßiger wäre, in sorgfamer Ausschussberatung zu prüfen, ob sich etwa unsere Gründe für unser Verlangen seit 1909 verschoben haben oder nicht und später das Ergebnis vor der Öffentlichkeit darzulegen. (Beifall.)

Stadts. Hamburger: Ich kann zugeben, daß die Prüfung der Frage, welche Rechte dem Magistrat in dieser Sache zugehen und in welcher Weise er davon Gebrauch machen wird, mit größter Sorgfalt erfolgen wird. Der Magistrat hat sich bisher noch nicht mit der Angelegenheit beschäftigt. Die „Feuerpolizei“ ist etwas ganz anderes als das „Feuerlöschwesen“. Der Antragsteller meinen im zweiten Teil ihres Antrages offenbar das letztere. Dieser Antrag hat tatsächlich eine lange Leidensgeschichte. Nebenher gibt eine Uebernahme des Betriebes dieses „Traversiers“ seit 1800). Die jetzige Organisation der Feuerwehrlaute beruht auf einem Vertrage von 1837, der noch heute in Kraft steht. Danach steht die Verwaltung des

Feuerlöschwesens dem Staat, insbesondere dem Polizeipräsidenten zu. Nach den jüngsten Vorkommnissen in der Berliner Feuerwehrlaute ist es von Interesse, daß auch hier darüber gesprochen wird, die Berliner Bevölkerung hat ein Recht darauf. — Der Magistratsvertreter gibt darauf einen Ausweg aus der Darstellung, die der Polizeipräsident dem Magistrat über die Angelegenheit hat zugehen lassen. Danach hätten sich in neuerer Zeit Bestrebungen auf Anschließung an den „Verband Deutscher Berufsfeuerwehren“ geltend gemacht, was der Polizeipräsident und der Branddirektor nicht billigen konnten. Der Austritt der Chargierten sei nicht erzwungen, sondern freiwillig erfolgt. Das Verlangen des Polizeipräsidenten und des Branddirektors, daß der Vorstand nur aus Mitgliedern bestehen solle, sei durch das Verhalten des Vereinsvorstandes — u. a. auch anlässlich des Begräbnisses Kirchners — begründet. — Es kommen nach dem Bericht des Polizeipräsidenten 850 Mann in Frage, von denen 745 jetzt den Austritt erklärt haben. Daß die Schlagfertigkeit der Feuerwehrlaute in irgend einer Weise beeinträchtigt würde, erklärt Redner für unbegründet; die Mündigung würde eventl. so ausgeführt werden, daß ausreichender Feuerchutz gewährleistet bleibe.

Stadts. Goldschmidt: Die Feuerwehrlaute haben das Recht, sich zu koalieren, das darf ihnen auch der Polizeipräsident nicht nehmen. Es ist sicherlich mangelhaft zwischen dem Polizeipräsidenten und den Angehörigen der Feuerwehrlaute, was Erregung hervorgerufen hat. Wenn Berlin die Feuerwehrlaute in Händen hätte, wäre manches besser, heute aber muß die Stadt sich darauf beschränken, das Geld auszubringen, hat aber nicht das Recht, weiter darüber zu bestimmen. Ich freue mich, daß nach der Meinung des Kollegen Rosenfeld die Sozialdemokratie immer auf dem Plan ist, das Koalitionsrecht zu schützen. Da ist mir zu Ohren gekommen, daß eine in einem großen Berliner Geschäftshaus angestellte Buchbinderin gezwungen worden ist, dem Buchbinderverband beizutreten. (Der Vorredner unterbricht den Redner mit dem Hinweis, daß seine Ausführungen nicht zum Thema gehörten.) Wenn Sie ehrlich das Koalitionsrecht schützen wollen, so treten Sie solchen Vergewaltigungen entgegen! (Große Unruhe, die die Ausführungen des Redners zeitweise unverständlich macht.) . . . Es muß sich jeder organisieren können, wo es ihm paßt.

Stadts. Körte (Dr. Fr.): Hätte es lieber gesehen, wenn man den Antrag durch eine motivierte Tagesordnung erledigt hätte. (Hört! hört!), da die Versammlung nicht von beiden Seiten informiert sei. Im Hinblick auf den zweiten Teil des Antrages Arons habe seine Reaktion davon Abstand genommen, die darin enthaltene Forderung verdiente durchaus eine neuerliche Prüfung. Im großen ganzen schließe er sich den Ausführungen des Kollegen Sonnenfeld an.

Damit schließt die Beratung.

Stadts. Dr. Rosenfeld (Schlußwort): Wenn Herr Sonnenfeld sich wunderte, daß wir die Fahne gerade dieses Vereins aufgegriffen haben, so erwidere ich, daß wir uns der Sache angenommen haben, weil wir immer da eingreifen, wo das Koalitionsrecht nach unserer Meinung in Gefahr ist. Warum sind Sie uns denn nicht zugekommen? Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das Koalitionsrecht seinen Hüter in der Hauptsache nur in der Sozialdemokratie findet. (Lachen bei der Mehrheit.) Herr Goldschmidt ruft uns jetzt in einem anderen Falle zu seiner Hilfe auf. Wir haben das niemals abgelehnt — ich darf auf die Erklärung meines Kollegen Sassenbach aus der letzten Sitzung verweisen — wir werden auch dem heute vorgetragenen Falle nachgehen. Was hat aber dieser Fall mit dem heutigen Thema zu tun? Daß Herr Sonnenfeld à la Reichsverband das Wort gegen uns verwerdet: „Wer nicht pariert, fliegt“, muß mich bejammern. (Zuruf: Fall Hildebrand!) Hildebrand gehörte gar nicht mehr zu unserer Partei, wir haben ihn ausgeschlossen, ohne ihm damit etwa eine wirtschaftliche Existenz zu rauben. Den Beitritt zum Verband hat der Polizeipräsident verboten. Wenn er dem Magistrat mitteilen läßt, er habe nur erklärt, er könne den Beitritt zum Verband nicht unterstützen, so ist das — ganz portichtig ausgedrückt — eine unrichtige Behauptung, der der vom Dr. Schröder im Abgeordnetenhaus verlesene schriftliche Bescheid diametral gegenüber steht.

Daß die Feuerwehrlaute an dem Begräbnis Kirchners haben teilnehmen wollen, scheint auch schon eine Art Hochverrat zu sein. (Beifallige Zurufe, besonders seitens des Stadts. Bamberg.) Die Feuerwehrlaute haben ihren beglücklichen Wunsch in etwas energischer Worten kundgetan; Sie freuen sich ja doch sonst immer über die Energie dieser Leute. Wenn die Sozialdemokratie gegen soziale Gesetze gestimmt hat, so nicht wegen des „alles oder nichts“, sondern wegen der direkten Verschlechterungen, welche diese Gesetze für die Arbeiterschaft brachten. Der Magistrat hätte eigentlich in den Monaten, die diese Sache die Öffentlichkeit beschäftigte, schon zu einer Art Ergebnis seiner Erwägungen gelangt sein müssen, er hätte uns das Schreiben längst oder doch spätestens am Anfang der heutigen Sitzung mitteilen müssen. Gegen Ausschussberatung haben wir nicht das geringste, wünschen und hoffen aber, daß der Ausschuss mit größter Beschleunigung und Energie die Sache fördern möge. (Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadts. Sonnenfeld wird der Antrag Arons einem Ausschuss überwiesen.

Für die neue Feuerwache in der Stockholmer Straße und für die Wache an der Apollonische 9/10 sollen 2 Automobile beschafft werden, die in Bestellung gegeben werden. Die Kosten dafür sind veranschlagt auf 253 350 M.

Auf Antrag Flohr (Dr. Fr.) geht die Vorlage an einen Ausschuss.

Für 19 500 M. jährlichen Mietzins soll auf 5 Jahr vom 1. April 1913 ab das der Frau Geh. Baurat Garbe gehörige, ursprünglich für Schulzwecke gebaute Haus Dessoir Str. 24 zur Unterbringung einer Pflichtfortbildungsschule gemietet werden.

Die Versammlung stimmt zu.

In einer Nachtragsvorlage vom 14. d. M. ersucht der Magistrat um einen Kredit von 600 000 M. zur Durchführung der von ihm zur Bekämpfung der herrschenden Feuerung getroffenen Maßnahmen, insbesondere zur Ermöglichung der Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Rußland. — Bekanntlich ist der Magistrat von der Unzulänglichkeit der von der Regierung getroffenen Maßnahmen überzeugt, glaubt aber doch, unter allen Umständen versuchen zu müssen, inwieweit sich die gewöhnlichen Vergünstigungen für Berlin nutzbar machen lassen. Er will zunächst 3000 Zentner wöchentlich für Groß-Berlin aus Rußland einführen. — Die für Schweinefleisch erteilte Genehmigung der Einfuhr aus den Baltischen Staaten kommt wegen der dortigen Kreiswirren überhaupt nicht in Betracht.

Stadts. Berndt: Ich bemerke und wiederhole von dieser Stelle aus vorweg, daß wir die von der Regierung zugelassenen Vergünstigungen nicht für ausreichend und geeignet halten, um den gewünschten Erfolg herbeizuführen. Dennoch glauben wir, unverzüglich und mit allem Nachdruck tun zu sollen, was im Rahmen dieser Vergünstigungen möglich ist. Wir haben den entsprechenden Antrag sofort an den Landwirtschaftsminister gerichtet und ihn, allerdings beschränkt, auch genehmigt erhalten. Wie schwierig die Verwirklichung der Maßnahmen war, ergab sich sofort, als es sich fragte, wie und auf welchem Wege das Fleisch zu beschaffen sei. Entweder war dieselbe mit russischen Firmen oder Konserven oder Privaten oder es war mit Berliner Persönlichkeiten behufs Vermittelung in Verbindung zu treten. Der erste Weg ist für eine Großstadt wie Berlin nicht gangbar; was Polen und selbst Belgien schaffen kann, läßt sich für Berlin nicht schaffen. Bis gestern abend ist uns auch von keiner russischen Firma ein Angebot gemacht worden. Wir haben nun eine Persönlichkeit ermittelt, die allen Anforderungen an geschäftliche Gewandtheit und finanzielle Leistungsfähigkeit entspricht. Der Betreffende wird als Kommissar für uns tätig sein. Die Lieferung beginnt am 1. November, spätestens am 8. November; 6 feste Lieferungen sind abgeschlossen, jede mindestens im Quantum von 3000 Zentnern. Wir haben heute eine Depesche erhalten, wonach sofort bis auf weiteres täglich 6 Waggonen Rindfleisch geschickt werden sollen. Nach den sechs Lieferungen haben wir freie Hand; es ist

eine dreiwöchige Kündigungsfrist ausgemacht. Der Höchstpreis ist für Rindfleisch auf 66, für Schweinefleisch auf 71 Pf. vereinbart. Ergibt der Durchschnitt eine Ueberdeckung der Höchstpreise, so geht das Mehr zu Lasten des Unternehmers. Es soll von Rind- und Schweinefleisch gute Mittelqualität geliefert werden. Weitgehende Garantie bietet die Mitgabe eines Tierarztes, der berechtigt ist, Vieh zurückzuweisen. Die volle Haftung geht zu Lasten des Unternehmers, der eine Kaution von 100 000 M. gestellt hat. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind nicht unerheblich; weitere werden noch bei der vollständigen Abfertigung entstehen. Wir glauben ausdrücklich aussprechen zu sollen, daß die ganze Sache mit einem Risiko verbunden ist und daß das ganze Unternehmen entriert ist in dem Bewußtsein, daß es mit Verlusten für die Stadt und die mit ihr verbundenen Vororte enden kann. Aber wie die Sachen liegen, glauben wir, daß das Risiko getragen werden wird und daß es nicht zu groß sein wird. Die Verteilung des Risikos wird nach dem Verhältnis der bezogenen Gesamtquantitäten auf die einzelnen Gemeinden erfolgen. Was den Vertrieb des Fleisches angeht, so ist die ursprüngliche Befürchtung, daß Fleischergewerbe werde nicht mitmachen, hinlänglich geworden; der Vorstand der Regierung hat lokale Mitwirkung zugesagt, um die Kollage zu mildern. Die Preise festzustellen ist Sache der Kommunen; wir werden sie feststellen unter Zugrundelegung der Höchstpreise. Das Interesse des Unternehmers geht dahin, möglichst viel einzufahren; sein Interesse ist mit einem bestimmten Satz pro Pfund abgefunden. Bei dem Vertrieb hatten wir für richtige, nach den einzelnen Qualitäten, nicht nach einem Einheitsdurchschnittspreis zu verkaufen, weil und so die Möglichkeit wird, das sogenannte Suppenfleisch, noch dem doch hauptsächlich Begehrt sein dürfte, ganz erheblich billiger, zu 55 Pf., abgeben zu können. Der Kredit soll aus dem Ueberflüssen von 1911 gedeckt werden. (Beifälliger Beifall.)

Stadts. Gassel (A. L.): Wir erkennen sehr gern an, daß auch der Magistrat die Maßnahmen der Regierung nicht für ausreichend hält, um die Berliner Bevölkerung angemessen mit gutem und billigem Fleisch zu versorgen. Unsere Bedenken liegen darin, daß wir es nicht als Aufgabe oder Verpflichtung der Kommune ansehen können, die Folgen einer verfehlten Regierungspolitik zu tragen. Es ist auch ein Schritt, der tief in die Freiheit des Gewerbes eingreift, wenn wir unsererseits den Fleischvertrieb in die Hand nehmen. Die Kollage der Bevölkerung und die ausnahmsweisen Umstände, die hier vorliegen, zwingen uns aber zur Bewilligung dieses Kredits. Ob der Versuch glücken wird, sich dahin, er muß aber gemacht werden. Dauernde Besserung der Lage kann aber nur durch Öffnung der Grenzen, Beseitigung der Zollhindernisse und durch Einfuhr von Geflügel und Fleisch aus Argentinien herbeigeführt werden.

Stadts. Wurm (Soz.): Wir sind jedenfalls sehr erfreut, daß der Magistrat hier so rasch und energisch die Interessen der Bürgerschaft gewahrt hat, die Mißstände zu mildern, die durch eine verfehlte Regierungspolitik entstanden sind. Wenn das bisherige wirtschaftspolitische System beibehalten wird, muß zunächst auf dem Wege, den der Magistrat beschritten hat, fortgegangen werden. Auch wir verhehlen uns keineswegs die Schwierigkeiten, die sich praktisch noch entgegenstellen werden, halten es auch für angezeigt, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß sie sich zunächst in Geduld fassen muß. Wir wollen zunächst versuchen, das Fleisch nach Qualität zu verkaufen, was voraussetzt, daß auch die teureren Qualitäten Abnehmer finden; selbstverständlich können wir nach Qualität nur verkaufen und den billigen Preis von 55 Pf. pro Pfund Suppenfleisch durchführen, wenn dieses der Fall ist. Wir erwarten also von der besser situierten Bevölkerung, daß sie durch ihr Verhalten die Maßnahmen der Stadt unterstützt und sich dafür nicht für zu gut hält. Magistrat und Versammlung sollten aber hierbei nochmals Anlauf nehmen, die Frage zu erwägen, ob wir nicht zur Eigenproduktion von Fleisch übergehen können. Budapest liefert 300 000 Schweine aus eigener Mästerei. Auch die Großindustrie, so die Gaserner Bergbau-Gesellschaft hat das gleiche eingeführt; sie kann das Fleisch 20 Proz. unter dem Bodenpreis abgeben, ohne Schaden zu machen. Was eine solche Gesellschaft kann, muß auch einer Kommune möglich sein. Die politische Strömung ist doch nur einmal so, daß, solange die jetzige Regierung in der Macht ist, auf eine Besserung nicht gerechnet werden kann. Es ist ja ein Skandal, daß der § 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht aufgehoben wird, daß die Regierung sich sogar weiter einschüchtern läßt durch die Agrarier. Die Balkanländer können ja nicht liefern; Rußland ist noch das einzige Land; und wenn auch die Nachrich des Verbotes der Fleischausfuhr heute als unrichtig hingestellt wird, so können wir doch nicht wissen, am Vorabend welcher großen Ereignisse wir stehen. Um so mehr müssen wir auch jetzt wieder unsere Stimme erheben und verlangen, daß Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung genommen und der § 12 aufgehoben wird, daß die Regierung nicht fortfährt, allein auf die Interessen einer kleinen, aber mächtigen Clique Rücksicht zu nehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Wermuth: Ich danke den Herren, daß sie unsere Bemerkungen anerkannt haben, aber ich bitte, auch nicht zu warm anzuerkennen: das Experiment ist angefaßt, aber noch nicht gelungen. Wir hielten weitaus größere Maßregeln für erforderlich; die haben wir angesetzt, sie sind aber nicht getroffen worden. Zugelassen sind die besonnenen Erleichterungen, die aber nur dann, wenn die Gemeinden mitwirken, eintreten; sonst gibt es keine Verbesserungen u. dgl. Wenn wir von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen und eine Quelle erschließen, die nach unserer Meinung nicht allzu reichlich fließt, so müßte uns das große Anstrengungen und große Opfer zu bedeuten, wenn wir Quanten haben wollen, die auch nur einigen Einbruch machen, müssen wir uns einen ganz neuen Apparat schaffen. Es wird uns auch nicht leicht, die besten Bezugsquellen zu ermitteln, zumal die verschiedenen Interessen sich dort kreuzen. Es wird uns vielleicht auch nichts übrig bleiben, als ein einfaches Schlachthaus an der russischen Grenze zu errichten. Alle diese Maßregeln sind aber nur provisorisch und können sich nicht einleben, weil die Vergünstigung in kurzen wieder aufhört. Das ist für uns kein angenehmer Zustand; aber wir glauben die Hände doch nicht in den Schoß legen zu sollen. Entzogen wir uns der Mitwirkung, so würde man uns andauernd die Verantwortung für die Fortdauer der Fleischsteuer auflegen; dem dürfen wir uns nicht aussetzen. (Sehr richtig!) Wobin den Vergünstigungen der ihnen beigegebene Wert auch nur teilweise bei, so dürfen wir sie den Gemeindegemeinschaften nicht versagen; ergibt sich das Gegenteil, so werden wir mit doppeltem Nachdruck dasjenige zu fordern in der Lage sein, worauf wir ursprünglich unser Augenmerk gerichtet haben. (Beifällige Zustimmung.)

Nachdem noch Stadts. Goldschmidt sich für die Vorlage ausgesprochen und sich den anerkenntlichen Worten für den Magistrat angeschlossen hat, wird der Kredit von 600 000 M. einstimmig bewilligt.

Schluß nach 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

O. 2. 27. Die Uebernahme des Vorhanges gegen die Lohnforderung ist zulässig. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, haben Sie Anspruch auf 14tägige Kündigung. — O. 2. 100. Ohne Angabe, worauf sich die Forderung bezieht, nicht zu beantworten. — O. 2. 9. 1. 6. Wachen. Zum Halbesunderquart. Versicherungspflicht. II. Die Darstellung ist nicht ausreichend. Soweit erfüllt, Kündigungsausschluß. Nicht veränderungspflichtig. — O. 2. 51. Der jetzige Standpunkt der Steuerbehörde erscheint zureichend. Sie können einen direkten Bescheid verlangen. — O. 2. 96. 1. und 2. Anmerkungen liegt nicht vor. Es empfiehlt sich, die Klage zu erheben; im Prozeß ist der Unternehmer zur Abgabe einer Erklärung genötigt. — O. 2. 26. Der Hauptkreditor Hermann Singer ist wahrscheinlich der Bruder des Hauptkreditors Ottomar Singer aus Rosenhagen in Sachen Bremer des Hauptkreditors einen Bruder hat, ist uns bekannt; ob er Hermann heißt, wissen wir freilich nicht. Hermann ist nicht politisch tätig, Ottomar dagegen ist nationalliberaler Mitglied der 2. hiesigen Kammer; bei den letzten Reichstagswahlen kandidierte er im Wahlkreis Reichensbach (22. Wahlkreis) erfolglos gegen unseren Genossen Dr. Lenz. Ottomar ist evangelisch.

G. D. 100. Rein. — S. 460. Eine Fachschule ist in Berlin für die Branche der Läufer in der Gipfstraße. Eine solche für Seemann und Porzellanindustrie existiert nicht. — S. 6. 100. Senden Sie sich an die Baugesellschaft „Paradies“, Kottbuser Ufer 44. „Freie Schule“, Jussufstr. 100, oder „Ideal“, Reußstr. 51.

— S. 6. 100. Der Danklok. — S. 69. Rein. — S. N. Schillerstraße. Können vorübergehend im Verkaufswert (Kurs) Einbuße erleiden, aber nicht wertlos werden. — S. N. Groß-Berlin. Es kann ein Gemeindeglied, auch wenn es der Gemeindeverrechnung angehört oder Schäfte ist, gewählt werden. — S. D. 14. Die Buchhandlung Vormarkt oder die

Spektion Salzwehler Str. 8, besorgt Ihnen jedes Buch. Ihre weiteren Fragen sind beantwortet. — Neugieriger. 1. Sie müssen mit dem Direktor der Gemeindefachschule sprechen und dann eventuell ein Gesuch an den Direktor der in Frage kommenden Schule richten, in der Sie um eine Stelle ersuchen. 2. An das Personal-Bureau des Magistrats.

Den Gipfel der Leistungsfähigkeit

erreichen wir durch unser Verkaufssystem: **Selbstkostenpreis + 10%**
Als Beweis folgende Angebote aus unseren Lager-Beständen:

Herren-Ulster in den neuesten Farben und Modellen
tadellose Paformen . . . von M. **22⁷⁰** bis **71⁵⁰**

Jünglings-Ulster und Paletots, die neuesten Erzeugnisse d. Mode, tadellos verarbeitet, eleganter Sitz von M. **15⁵⁰** bis **46⁰⁰**

Loden-Pelerinen aus guten Strichloden mit abknöpfbarer Kapuze und Armfalten
für Knaben u. Mädchen, 70, 80, 90 cm lang von M. **3⁹⁰** an
für Knaben u. Mädchen, 100, 110 cm lang von M. **5⁴⁰** an
für Herren und Damen, 120, 130 cm lang von M. **7⁰⁰** an

Herren-Paletots aus modernen haltbar. Stoffen
auf Prima Zutaten, ein- und zweireihig von M. **18⁷⁵** bis **76⁵⁰**

Knaben-Pyjacks englisch gemusterte und blau Cheviot,
mit warmem Futter von M. **3⁶⁰** an

Loden-Joppen aus prima Loden, mit warmem Futter
für Herren von M. **5⁸⁰** an für Knaben von M. **3⁰⁰** an

Die H. K. G. verurteilt das Gebaren von Geschäften, welche durch fortwährende „Ausnahmetage“ und „Sonderangebote“ bestimmter Artikel das Publikum anzulocken suchen, bei anderen Waren aber Gewinnaufschläge von 40, 50, 60 Prozent und noch mehr berechnen.

Alle Waren jederzeit gleichmäßig billig, das ist der gesunde Kern unseres Systems, Selbstkostenpreis + 10%.

Sonntags nur von 12—2 Uhr geöffnet

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges.

M. b. H. Maß-Anfertigung in eigenen Ateliers

Spezialhaus größten Stils für Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Weinmeister- u. Münzstraße.

Turm-Straße 73
Moabit, vis-à-vis der Emdener Straße.



In Ihrem lieben Kollegen
Ernst Kaiser nebst Braut
zu ihrer heutigen Vermählung
die besten Glückwünsche!
Die Handtuchfahrer.

In Ihrem treuen Genossen
Hermann Antrick und Frau
die herzlichste Gratulation zur
Ehebundheilung.
Die Genossen vom 404. Bezirk
Teil II, 4. Kreis.

Am Sonnabend, den 12. Oktober, verstarb infolge
Unfalls unser Kollege, der Werkführer
Gustav Scholz.
Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen und lang-
jährigen Mitarbeiter. Sein kollegiales Wesen sichert ihm
unsererseits ein ehrendes Andenken.
Die Kollegen der Dekaturanstalt L. Oppenheim,
Blumenstraße 88.
Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 4 Uhr
von der Leichenhalle der St. Elisabeth-Gemeinde, Acker-
straße 37, aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme sowie für die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Freunden,
Verwandten und Bekannten, ins-
besondere dem Wahlverein, Bezirk
813a, meinen innigsten Dank.
Alwine Fritsch
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme bei dem Begräbnis meines
lieben Sohnes, unseres guten Bruders,
Schwagers und Onkels, des Schrift-
setzers
Artur Nolle
sagen wir allen, insbesondere dem
Verein Berliner Segler, den Kollegen
der Kunsthanderei Lehmit, Scherl
und Strauch, sowie den Patienten des
Sanatoriums Beelitz unseren herzlichsten
Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ohne Anzahlung
Möbel auf Kredit
komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken,
Teppiche, Kronen, Pelzgaranturen
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alle Schönhauser Straße
Sonntag von 12—2 geöffnet.

Todes-Anzeigen
Am 15. Oktober verstarb nach
langem Leiden unser allverehrter
Freund und Sangesbruder, der
frühere langjährige Schriftführer
des Arbeiter-Sängerbundes
Max Siggelkow.
Sein stets schlichter Charakter
und seine unermüdete Tätigkeit
für die Interessen des Arbeiter-
gesanges hat ihm ein ehrendes
Andenken gewahrt.
Die Beerdigung findet statt am
Freitag, den 18. Oktober, um 4 Uhr
auf dem Friedhofe des St. Elisabeth-
Gemeinde, Ackerstraße 37, stattfindet.
Die Mitglieder werden um rege
Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiterverband.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß die Beerdigung des
Kollegen
Gustav Scholz
Defateur
am Sonnabend, den 19. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, auf dem
Friedhofe der St. Elisabeth-Gem-
einnde, Ackerstraße 37, stattfindet.
Die Mitglieder werden um rege
Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes und Bruders
Willi Arlt
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten sowie dem 4. Berliner Reichs-
tagswahlkreis und den Genossen des
309. Bezirks unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Wstführer
Hermann Schönitz
(Hefenberg) am 15. Oktober 1912
im Alter von 45 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 18. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Immanuel-Kirchhofes
in Weihenfeld, Falkenberger Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
43/19
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme anlässlich des Hin-
scheidens meines unvergesslichen
Mannes, unseres lieben Vaters,
Großvaters, Bruders, Schwagers
und Onkels
Karl Schlemminger
sage ich allen Freunden und Be-
kannten, insbesondere Herrn Müller,
dem Gelangverein, Schöneberger
Wohnverein, dem Baderverein, dem
Verbande der Hader und den Kollegen
der Brosfabrik „Waldemar“ meinen
herzlichsten Dank.
Reußstr., den 17. Oktober 1912.
Auguste Schlemminger
geb. Willasch.

Für die Beweise herzlicher Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Heinrich Jakob
sage ich allen Freunden und Be-
kannten, insbesondere Herrn Müller,
dem Gelangverein, Schöneberger
Wohnverein, dem Baderverein, dem
Verbande der Hader und den Kollegen
der Brosfabrik „Waldemar“ meinen
herzlichsten Dank.
43a
Ww. Ida Jakob und Kinder.

**Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.**
Filiale Groß-Berlin.
Den Kollegen zur Kenntnis,
daß am Sonntag, den 14. Ok-
tober 1912, der Kollege
Albert Bretschneider
(Bezirk Wilmersdorf) im Alter
von 65 Jahren an einer Darm-
verengung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 18. Oktober 1912,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
hofes Wilmersdorf, Berliner
Straße 100, aus statt.
193/6
Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands.**
Am 15. Oktober verstarb unser
Kollege
Paul Volkmann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 19. Oktober, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Halle des
Kaiser-Friedhofes aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Sprache allen Freunden und Be-
kannten, die an der Beerdigung meines
lieben Vaters teilgenommen haben,
meinen besten Dank aus.
8606
Paul Kiowe, Neu-Schönendorf.

Zum Scheuern ist in unsrer Zeit
Blendax
das Beste weil und breil.
Pakete zu 10 u. 20 Pfg.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Gänse-Zentrale
Pankow, Berliner Straße 112
Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof-Str. 50
Berlin C., Klosterstraße 91
Berlin S., Simeonstraße 1.
Billige Preise in prima Gänsefleisch
Gänse-Stückenfleisch, 70 Pfund 70 Pf., zwei Pfund 1,35
Gänseklein, ohne Magen, 55 Pf., Gänsekeulen, Stück 70 Pf.

Vorwärts-Bibliothek
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
III.
Das Land der Zukunft
Eine Reisebeschreibung von Leo Kolisch
Mit einer Einleitung von Paul Göhre
Preis gut gebunden 1 M.
Göhre schreibt in seiner Einleitung unter anderem:
— Da ist keine Seite, die langweilig zu lesen wäre.
Von Anfang an packt er uns, von Seite zu Seite wird er
interessanter. Immer lebendiger steigern sich die Erleb-
nisse, immer hingervoller hören wir ihm zu. Kein über-
flüssiges Wort; kurz, schneidig, klar, packend steht alles
und jeder seiner Lebensgefährten vor uns."

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 247/6*

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, faßt diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Dampfgeläch: Alexanderstr. 12. Zweiggelächte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Reußstr.: Bergstr. 66
Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain. (Mitte) am Ringbahn.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Wäsche, beste Verarbeitung, größte Auswahl.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
König-Str. am Bahnhof
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden:

Grosser

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehung

Lebensmittel-Verkauf

Inseriertes Obst, Gemüse und Fische sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Frisches Fleisch

Ochsen-Schmorfleisch Pf. 90 Pf.	Kalbskamm u. Bug im Ganzen 80 Pf.
Roastbeef Pfund 95 Pf.	Kalbsbrust Pfund 85 Pf.
Roastbeef ohne Knochen, Pfund 1.30	Kalbsbrustspitze . . . Pfund 1.00
Ochsen-Filet im Ganzen, unausgeschält, Pfund 1.10	Hammelkeule im Ganzen, Pfund 75 Pf.
Ochsen-Brust u. Fehlrippe 80 Pf.	Hammelrücken im Ganzen Pfund 75 Pf.
Ochsenkamm u. Querrippe 70 Pf.	Dicke Rippe Pfund 70 Pf.
Frische Rinderzunge Pfund 1.10	Hammel-Dünnung . . Pfund 65 Pf.
Frischer Schinken im Ganzen, Pfund 85 Pf.	Pökeltzunge Pfund 1.20
Rückenfett Pfund 85 Pf.	Kasseler Rippespeer 85 Pf. bis 1.00
Liesen Pfund 85 Pf.	Pökelfrust Pfund 1.10
Kamm und Schuft . . Pfund 90 Pf.	Pökeltamm Pfund 90 Pf.
Schweine-Kotelett . . Pfund 1.00	Rindertalg roh Pfund 60 Pf.

Wild

Hirsch u. Wildschwein Keule Rücken Blatt Ragout Pf. 1.00, 90, 70, 35 Pf.	Wilde Kaninchen gestreift Stück 1.00 bis 1.20
	Starke Hasen gestreift 3.75 bis 4.25

Geflügel

Gänse Pfund 56, 65, 75 Pf.	Tauben Stück 35 bis 75 Pf.
Gänse-Rümpfe Pfund 95 Pf., 1.10	Suppenhühner Stück 1.25 bis 3.25

Konserven

Spargelköpfe grün $\frac{1}{2}$ D. 1.20, $\frac{1}{4}$ D. 65 Pf.	Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 1.55
Stangenspargel II $\frac{1}{2}$ Dose 98 Pf.	Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 1.30
Stangenspargel III $\frac{1}{2}$ Dose 70 Pf.	Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ Dose 1.50
Bruchspargel extra stark $\frac{1}{2}$ Dose 80 Pf.	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ D. 60, $\frac{1}{4}$ D. 35 Pf.
Kaiserschoten $\frac{1}{2}$ D. 1.05, $\frac{1}{4}$ D. 58 Pf.	Junge Schoten $\frac{1}{2}$ D. 88, $\frac{1}{4}$ D. 49 Pf.
Junge Schoten II $\frac{1}{2}$ D. 55, $\frac{1}{4}$ D. 33 Pf.	Junge Schoten IV $\frac{1}{2}$ Dose 36 Pf.
Brech- u. Schnittbohnen $\frac{1}{2}$ D. 33 Pf.	Grünkohl $\frac{1}{2}$ Dose 30, Spinat 38 Pf.
Kohlrabi in Scheiben, $\frac{1}{2}$ Dose 28 Pf.	Kohlrabiköpfe $\frac{1}{2}$ Dose 45 Pf.
Rosenkohl $\frac{1}{2}$ Dose 65 Pf.	Steinpilze $\frac{1}{2}$ Dose 1.15

Halberstädt. Würstchen Dose 10 Paar 0.90

Erdbeeren $\frac{1}{2}$ D. 88, $\frac{1}{4}$ D. 49 Pf.	Heidelbeeren $\frac{1}{2}$ D. 60, $\frac{1}{4}$ D. 35 Pf.
--	---

Fleischwaren

Braunsch. Zervelatwurst im Fettdarm, Dauerware, Pfund 1.60	Rotwurst Pf. 55, 75 Pf.
Zervelat- u. Salamiwurst Pf. 1.40	Geräucherte Gänsebrust ca. $\frac{1}{4}$ Pfund schwer . . Pfund 1.60
Bauernmettwurst Pf. 1.15	Rollschinken ca. 5-8 Pfund schwer . . Pfund 1.50
Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25	Mausschinken ca. $\frac{2}{3}$ -3 Pf. schwer . . Pf. 1.35
Feine Leberwurst Pf. 1.15	Schinkenspeck in Stücken von $\frac{1}{4}$ -4 Pf. netto eingewogen Pf. 1.25
Landleberwurst Pf. 1.00	Ochsenzungen gekocht, tafelfertig in Dosen netto eingewogen Pf. 2.60
Jagdwurst Pf. 1.05	

Kolonialwaren

Globus-Makkaroni (gefärbt) stark und fein 1 Pfd.-Paket 32 Pf.	„Senta“-Schnitt-, Band- u. Faden-Nudeln 1 Pfd.-Paket 42 Pf.
Senta-Makkaroni stark u. fein 1 Pfd.-Paket 42 Pf.	Hörnchen, Figuren und Nudel-Graupen I Pfund 36 Pf.
Olympia-Makkaroni stark u. fein 1 Pfd.-Paket 52 Pf.	Java-Reis . . Pfund 25, 30, 36 Pf.
Olympia-Schnitt-, Band- u. Faden-Nudeln 1 Pfd.-Pak. 52 Pf.	Rangoon-Reis . . Pfund 18, 21 Pf.
Schnitt- und Faden-Nudeln gefärbt Pfund 26 Pf.	Reisgries Pfund 18 Pf.

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao Pf. 60, 85 Pf.	Block-Schokolade . . Pfund 80 Pf.
Holländ. Kakao Pfund 1.50, 2.00	Vanille-Schokolade 1.20, 1.30
Haush.-Schokolade Pf. 70, 95 Pf.	Milch-Block-Schokolade Pf. 1.15

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4-, 5-, 6-M. etc. Damentucho, Kostümstoffe, Flansch, Mtr. 3-, 4-, 5-M. etc. Loden f. Westerpelerinnen, Mtr. 1.50, 2.50 M. Persianer, imit., Mtr. 6.50, 8.50, 11.50 M. Plüsch, Seiden-Seal, für elegante Damenpaletots Mtr. 9.50, 15.- M.
Tuchlager Koch & Seiland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Idealbrikett der Zukunft



Großes 7" Format, freil. Gelass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Seiffenberger Marken voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1610.

Möbel jeder Art

Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage von den billigsten bis zu den allerfeinsten neu und gebraucht.
Speditions-Speicher
Neue Friedrichstr. 5-8, alte Kaserno, Hof.

Offiziere in nur feiner, schöner Barre: Nur ein Preis! Fette, junge

Gänse pro 75.

7-12 Pfund schwer, 163/2° Nur allererste Qualität! Gänserümpfe, $\frac{1}{2}$ Gänse, fette Suppenhühner, junge Brathühner. Berlin SO., Mariannenstr. 34.
Wegner, Mariannenstr. 34.

IVO PUCHOVNY

Ein Pfund	hat einen Fettgehalt	Ein Pfund kostet Mk.
Butter	von ca. 85%	1.50
Palmona PFLANZEN-BUTTER-MARGARINE	von ca. 90%	0.90
Palmin	von 100%	0.75

Man erhält also für Eine Mark

in Butter, in Palmona, in Palmin

0,56 1,00 1,33
Pfund Speisefett

Ausnahmepreise soweit Vorrat reicht:

1a Gänse 70, 75, 80 Pf. per Stück 4.50 Pfund von 4 an

1a Meckl. Schmalzgänse ausgesuchte fette Ware 85 Pf. per Stück von 3,25 an

Rümpfe . . Pfund 1,00 und 1,10

Gänsebrust Pf. 1,20 u. 1,30 Keulen von 65 Pf. an

Gänseklein 85 Pf. u. 1,00 Magen 35 u. 40 Pf.

1a Liesen ohne Darmfett Pf. 1,40 u. 1,50

Hautfett 90 Pf. u. 1 M. Leber Pf. 1,50 u. 1,80

Stückenfleisch Pf. 60 Pf. u. 75 Pf.

1a Gänsefett, garantiert rein Pf. 1,60 u. 1,80

1a fette schles. Suppenhühner Stück 2,25, 2,50, 2,75, 3,00 bis 5,00

1a Junge Brathühner . . . Stück 1,10, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00

1a Junge Kapaunen 2,25, 2,50, 2,75, 3,00

1a Ostpr. Mastenten 3,25, 3,50, 3,75, 4,00 b. 5,00 sowie alle Wurstwaren in bekannter Qualität.

Max Schönwald, Luekauer Str. 1 F.-A. Moritzpl. 514 und 4507.
Filialen: Barbarossaplatz 2 Motzstr. 53 Flensburger Str. 19
Fernsp.-Amt: Kurf. 6852. Kurf. 9539 Moabit 1250.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 36, I, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Billige Angebote

haltbarer, bewährter und gutseidender

Berufs-Kleidung

- Manchester-Anzüge Joppe 11.90 Weste 3.60 Hose 6.75
 Marke Gambrius. Aeußerst dauerhaft warm gef.
 Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig. Kernig und stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen M. 4.50
 Weiße Kellner-Jackette Vorzüglich in Wäsche . M. 3.65 u. 2.50
 Pa blaue Monteur-Jackette Körper od. Dreiluft- u. wasch-echt. Extra lange Jackotte. Verriegelte Taschen . . . M. 2.45
 Setzer-Kittel 3.10 2.50 | Maler-Kittel 2.90 2.00

BaerSohn

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerbe und Industrie

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Berlin - Gegründet 1891
 Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
 Vortellhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
 Sämtliche be- kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
 Amt 4, 3014.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
 Ortsgruppe Berlin.
 Sämtliche Touren am Sonntag, den 20. Oktober, fallen aus. 1912

VERA

3 Pfg- Cigarette



Joseffi

Theater und Vergnügungen

Freitag, 18. Oktober 1912.
 Anfang 7 Uhr.
Deutsches. König Heinrich IV.
 2. Teil.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Regl. Opernhaus. Sinfoniekonzert
 Regl. Schauspielhaus. Geschlossen.
 Residenz. Gemütsmenschen.
 Königgrätzer Straße. Herodes und Mariamme.
Gitarb. Albert Schumann. Gala-
 Vorstellung.
Gitarb. Busch. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Aufs Rattenhorn.
 8 Uhr: Professor Dr. P. Schwahn: Die Welt der Fix-sterne und Nebellöcher.
Namnerspiele. Wein Freund Lebdi.
 Vortrag. Karrentanz.
Schiller O. Des Piarres Tochter
 von Strelsdorf.
Schiller. Charlotteburg. König
 Lear.
Kleines. Ragdolena.
 Deutsches Schauspielhaus. Opern.
 Kroll. Geschlossen.
Berliner. Geschlossen.
Idalia. Kautschuk.
Theater am Rollendorferplatz. Dr-
 pheus in der Unterwelt.
Kurfürsten-Oper. Der Kuchelgän.
Montis Operetten. Goldner Leich-
 tin.
Komödienhaus. Die Jazin.
Lulien. Die Weineidgräfin.
Wase. Ein Sommernachtstraum.
Herrufeld. Die Alpenbrüder. Endlich
 allein.
Metropol. Chauffeur - ins
 Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Casino. Der Großfürst.
Reichshallen. Die Nacht der Töne.
Königgrätzer Straße. Herodes und Mariamme.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr. (Römische Oper). 8 Uhr.
Ostern.
Theater am Rollendorferplatz
 (Neues Schauspielhaus).
 Täglich abends 8 Uhr:
 Gastspiel des
Münchener Künstler-Theaters:
 Orpheus in der Unterwelt.
Montis Operetten-Theater
 (früher Neues Theater)
 8 Uhr: Goldener Leichstin.
 Sonnab. 3. 1. Teil: Der Frauenfresser.
Residenz-Theater.
 7 1/2 Uhr.
 Freitag zum ersten Male:
Gemütsmenschen
 Schwank in 3 Akten
 von Fritz Friedmann-Friedrich.
Luisen-Theater.
 Freitag: Die Weineidgräfin.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
 vorstellung: Zwerg Nase. Abends
 8 Uhr: Das Käthchen von Heil-
 dbrunn.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Der
 Alpenkönig und der Menschen-
 feind. Abends 8 Uhr: Premiere:
 Des andern Ehre.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
 Komödie in 5 Akten von Shakespeare.
 Musik von Mendelssohn-Bartholdy.
 Sonnabend 8 Uhr: Wilhelm Tell.
 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Chauffeur - ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und
 Tanz in 10 Bildern von J. Freund,
 Musik v. Rud. Wehler. Tänze arrang.
 von Will Eschop. In Szene gesetzt
 vom Direktor H. Schulz.
Apollo Theater
 Ab 8 Uhr
 Nie dagewesener Erfolg!
 Lucy König, Wiener Soubrette.
 M. Juanita, Tanz-Idylle.
 Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Mörbitz
 als Ehepaar Pietsch
 und 8 weitere Attraktionen.
Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Eröffnung der Winter-
 salons. Gr. Orchester.
 Dirig.: R. Schrader.
Die Nacht
 der Töne.
 Urvorstellung v. Regiel.
 Anf. 8 Uhr.

Bierecabaret
 im Lichtprunksaal
 der Passage.
 Jeden Abend 1/9 Uhr:
Hermann
Funke
Hansy Petra
 Putai Cassani
 Mizzi Dressel
Werner Goldmann
Otto Bellmann
 20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

UT
Union-Theater
Heute
Oktober
18
Freitag

Premiere!
Eine Minute zu spät
 Schauspiel in 2 Akten.
Neueste Aktualitäten und Zeitereignisse
 und die fünf neuen, un-
 gekürzten Programme in
 den Union-Theatern
Alexanderplatz
Unt. den Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Wedding
 Reinkendorfer Str. 14

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis
 16., 20., 21., 22. Abteilung.
 Sonntag, den 20. Oktober, in den Pharusälen, Müllerstr. 142:
Theater-Abend
 Zur Aufführung
 gelangt: „Der Raub der Sabinerinnen.“
 Lustspiel in vier Akten von Franz und Paul von Schönthan.
 Dargestellt von den Mitgliedern der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger.
 Nach dem Theater: **Großer Ball.** Daran teilnehmende Herren zahlen
 50 Pfennig nach.
Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Garderobe 10 Pf.
Billett 60 Pf. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
 233/7 **Das Komitee.**

„Clou“: Berliner ::
Konzerthaus
 Mauerstraße 52. - Zimmerstraße 90/91.
 Heute:
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Fra-
 v. Blon, Komp.
 und **Gastspiel von**
Serafin Alschansky,
 Posaunen-Virtuose und Komponist.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Herrnfeld Theater
 8 Uhr:
 Die mit beispiellosem Lacherfolge
 aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
 10 Uhr:
Endlich allein!
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Voigt-Theater.
 Gelmsbrunnen Badstraße 58.
 Freitag, den 18. Oktober 1912:
Graf und Hirtin.
 Romant. Volksst. in 3 Akt. v. Wilhelm
 Kaffernbrunn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Urania
 Taubenstraße 48/49.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
 Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr.
 P. Schwahn: Die Welt der Fix-
 sterne und Nebellöcher.
Zirkus Busch.
 Heute Freitag, 18. Oktober,
 abends 7 1/2 Uhr:
Houdini
 wird am heutigen Abend einer
 neuen Herausford. nachh. u. den
 Versuch machen, sich aus einem
 von Hrn. Max Döring, i. Fa. F. A.
 Döring & Sohn, Sattel- u. Geschirr-
 fabrik, besond. fest gearbeiteten
 Zwangssack (wie er bei Irrsinnig-
 ken und Tobsüchtigen angewandt
 wird) zu befreien. Das Experi-
 ment wird gänzlich frei vor den
 Augen des Publikums stattfinden.
 Ferner das gr. Galaprogramm.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Freitag, 18. Oktober,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
 Auserwähltes Programm!
 U. a.: Lorch-Familie (10 Pers.),
 ihar. Spiele. Der singende
 Clown Jansal, 10 Marionets,
 russ. Troika-Akt.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
 Vier Bilder aus Indien.
 Zum Schluß:
Die Feuer-Fontäne.
 Wirklich brennendes Wasser.

Folies Caprice.
 Zum 48. Male
Die drei Schlager:
 Der teuflische Joseph.
 Der Rebhock.
 Der Einbrecher.

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße,
 6. Eispalast.
 Einzig in der Welt mit solchem
 prunkvollen Eisballetts.
Heute
2 Vorstellungen 2
 nachmittags und abends
 das sensationelle Eisballett
 „Yvonne“
 100 Mitwirkende. Fabelhafte
 Ausstattung.
Die kleine Charlotte.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 abends halbes Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
 Wein- und Bier-Abteilung.

Passage-Panoptikum
RAPPO
 der größte Entfesselungs-
 künstler der Zeit.
 Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
 die anatom. Unmöglichkeit.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
 Gotthardstr. 37. Täglich 8 Uhr:
 Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
 Berlins Lieblichsthumorist mit neuen
 Schlegeln. Niefern - Lacherfolg des
 lustigen Stückes
Der Großfürst.
Theater Königstadt-Casino.
 Holzmärkte 72. Ecke Alexanderstr.
 1 Min. v. Bahnh. Jannowigbrücke.
 Tägl. abends 8, Sonn. 5 Uhr:
 Das große Novitäten-Pro-
 gram und
Papa ist krank.
 Große Besetzung in 1 Akt.

Für den Inhalt der Inserate
 der nimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Grosses Volks-Meeting.

am Sonntag, den 20. Oktober, mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr,
auf dem großen Platz im Treptower Park.

Tagesordnung:

Volksentrechtung, Volkseelend und Kriegsgefahr.

Redner:

Dr. Alfr. Bernstein, Emil Boeske, Otto Braun, Otto Büchner, Rud. Bühler, Ernst Däumig,
Paul Dupont, Wilh. Düwell, Rich. Fischer, Theodor Fischer, Max Groger, Hugo Haase,
Adolf Hoffmann, Paul Hirsch, Paul John, Julius Kaliski, Georg Ledebour, Gustav Link,
Paul Litfin, Albin Mohs, Wilh. Pätz, Hugo Poetzsch, Dr. Kurt Rosenfeld, Adolf Ritter,
A. Stadthagen, Heinr. Ströbel, Georg Ucko, Hans Weber, Dr. Herm. Weyl, Fritz Zubeil.

Volk von Berlin! Auf zum Massenprotest!

Gegen Junkerherrschaft und Dreiklassenschmach!

Gegen Teuerung und Hungersnot! Gegen Krieg und Kriegsgefahr!

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. J. H.: Eugen Ernst,
Bismarckstr. 16.

205/3*

Achtung! Gewerkschaften Berlins und Umgegend!

In Anbetracht der am Sonntag, den 20. Oktober, mittags 1 Uhr, stattfindenden

Demonstration

der Arbeiterschaft Groß-Berlins ersuchen wir sämtliche Gewerkschaften, zu dieser Zeit von
jedweder anderen Veranstaltung Abstand zu nehmen und sich daran zu beteiligen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Sektion 5: Industriearbeiter.

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 II, Zimmer 31-44.

Bureau: Teleph.-Amt Moritzplatz 2382, 4747.

Achtung! Kolleginnen und Kollegen! Achtung!

Alle in den Berliner Metallbetrieben tätigen Packer,
Bezieher, Lager-, Betriebshilfs-, Hof- und Transport-
Arbeiter und Arbeiterinnen usw.

Die für Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr,
bekanntgegebene Versammlung fällt aus und findet dafür am
Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im großen Saal der „Germania-Prachtäle“,
Erdbeerstraße 110,

statt. — Da die Versammlung eine öffentliche ist, wird ein
recht zahlreicher Besuch erwartet.

Die Sektionsleitung. J. H.: Karl Fromke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau:
Hof I. Charlottenstraße 3. Hof III.
Hof Nordstr. Nr. 1229. Hof Nordstr. Nr. 1967.

Wegen des bevorstehenden Umzuges ist die Haupt-
bibliothek von Montag, den 21. Oktober, ab geschlossen.
Die Wiedereröffnung wird bekanntgegeben.

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Werkzeugmacher

findet am Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal
von Witwe Augustin, Cranienstr. 103, statt.

Die Ortsverwaltung.

Bandagisten-Genossenschaft Köpenicker Str. 98b.

Eigene Werkstatt.

Fachgemäße Bedienung.

Für Damen weibliche Bedienung.
Lieferant der Krankenkassen und der
Konsum-Genossenschaft Berlin und
Umgegend. 107/3

Sonntag, den 20. Oktober:

Gr. Wursteffen,

wogu freundlichst einladet

W. Keller,

Waldburg-Station, Hirschgarten.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Berlin I.

Die Bezirksversammlungen finden am Donnerstag, den
24. Oktober, in den bekannten Lokalen statt. 31/19

Alles nähere durch Handzettel.

Der Vorstand.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Möbel direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Achtung! Reisemuster Ulster, Paletots Anzüge und Hosen

gebe an Private zu Fabrikpreisen ab

Herrenkleider-Fabrik

J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl

(neben der Alexander-Kaserne)

Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12-2 Uhr.

Möbel

zu Ergänzungs-
— zwecken —

Reelle
Quali-
täten.

**Möbel-
Magazin**

Lang-
fristige
Garantie

Otto Piehl

120 Brunnenstrasse 120

Garnituren von 108 M. an

Sofas	von 55 M. an
Vertiko	von 39 M. an
Kleiderschrank	von 36 M. an
Ausziehtisch	von 17 M. an
Küchenschrank	von 24 M. an

Komplette moderne
Bunte Küchen von 45 M. an

Bettstellen mit Feder- betten	von 33 M. an
Tische	von 7 M. an
Stühle	von 2 M. an

Kompl. Einrichtung
von 225 Mark an

Teilzah-
lungen
kulant!

Berlin N.
Brunnenstrasse 120

Besuchen
Sie meine
drei
Schau-
fenster

Otto Piehl

Sonntag v 12-2 geöffnet

